Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2025/0359(COD)

14.2.2026

ÄNDERUNGSANTRÄGE 318 - 450

Entwurf eines Berichts
Arba Kokalari, Michael McNamara
(PE782.530v01-00)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2024/1689 und (EU) 2018/1139 im Hinblick auf die Vereinfachung der Umsetzung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Digital-Omnibus-Verordnung zur KI)

Vorschlag für eine Richtlinie
(COM(2025)0836 – C10-0304/2025 – 2025/0359(COD))

Änderungsantrag 318
Virginie Joron, Ernő Schaller-Baross, Pál Szekeres, Elisabeth Dieringer, Matthieu Valet, Alexandre Varaut, Pascale Piera

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:	***entfällt***
„(***1) Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, mit Ausnahme von KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, und werden dieses Modell und System von demselben Anbieter entwickelt, so ist das Büro für Künstliche Intelligenz ausschließlich zuständig für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf dieses System im Einklang mit den Aufgaben und Zuständigkeiten, die es den Marktüberwachungsbehörden übertragen hat. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist ebenfalls ausschließlich für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf KI-Systeme zuständig, die eine benannte sehr große Online-Plattform oder sehr große Online-Suchmaschine im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 bilden oder die darin integriert sind.***	
Zur Wahrnehmung seiner Aufsichts- und Durchsetzungsaufgaben gemäß dem Unterabsatz 1 hat das Büro für Künstliche Intelligenz alle in diesem Abschnitt und in der Verordnung (EU) 2019/1020 vorgesehenen Befugnisse einer Marktüberwachungsbehörde. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist befugt, geeignete Maßnahmen zu treffen und Beschlüsse zu fassen, um seine Aufsichts- und Durchsetzungsbefugnisse	

angemessen auszuüben. Artikel 14 der Verordnung (EU) 2019/1020 gilt sinngemäß.

Die an der Anwendung dieser Verordnung beteiligten Behörden arbeiten bei der Ausübung dieser Befugnisse aktiv zusammen, insbesondere wenn Durchsetzungsmaßnahmen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats zu treffen sind.“

Or. en

Änderungsantrag 319
Kristian Vigenin, Brando Benifei, Hannes Heide, Francisco Assis, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, mit Ausnahme von KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, und werden dieses Modell und System von demselben Anbieter entwickelt, so ist das Büro für Künstliche Intelligenz ausschließlich zuständig für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf dieses System im Einklang mit den Aufgaben und Zuständigkeiten, die es den Marktüberwachungsbehörden übertragen hat. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist ebenfalls ausschließlich für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf KI-Systeme zuständig, die eine	Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, mit Ausnahme von KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, und werden dieses Modell und System von demselben Anbieter entwickelt, so ist das Büro für Künstliche Intelligenz ausschließlich zuständig für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf dieses System im Einklang mit den Aufgaben und Zuständigkeiten, die es den Marktüberwachungsbehörden übertragen hat. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist ebenfalls ausschließlich für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf KI-Systeme zuständig, die eine

benannte sehr große Online-Plattform oder sehr große Online-Suchmaschine im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 bilden oder die darin integriert sind.

benannte sehr große Online-Plattform oder sehr große Online-Suchmaschine im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 bilden oder die darin integriert sind. ***Dies gilt jedoch nicht für KI-Systeme, die von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union in Verkehr gebracht, in Betrieb genommen oder verwendet werden und gemäß Artikel 74 Absatz 9 der vorliegenden Verordnung der Beaufsichtigung des Europäischen Datenschutzbeauftragten unterliegen.***

Or. en

Änderungsantrag 320
Regina Doherty

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, mit Ausnahme von KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, und werden dieses Modell und System von demselben Anbieter entwickelt, so ist das Büro für Künstliche Intelligenz ***ausschließlich*** zuständig für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf dieses System im Einklang mit den Aufgaben und Zuständigkeiten, die es den Marktüberwachungsbehörden übertragen hat. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist ebenfalls ausschließlich für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf KI-Systeme zuständig, die eine benannte sehr große Online-Plattform oder	Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, mit Ausnahme von KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, und werden dieses Modell und System von demselben Anbieter entwickelt, so ist das Büro für Künstliche Intelligenz zuständig für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf dieses System ***in Zusammenarbeit mit den Regulierungsbehörden der Mitgliedstaaten und anderen von den Mitgliedstaaten ernannten Behörden*** im Einklang mit den Aufgaben und Zuständigkeiten, die es den Marktüberwachungsbehörden übertragen hat. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist ebenfalls ausschließlich für die

sehr große Online-Suchmaschine im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 bilden oder die darin integriert sind.	Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf KI-Systeme zuständig, die eine benannte sehr große Online-Plattform oder sehr große Online-Suchmaschine im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 bilden oder die darin integriert sind.

Or. en

Änderungsantrag 321
Arba Kokalari

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, mit Ausnahme von KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, und werden dieses Modell und System von demselben Anbieter entwickelt, so ist das Büro für Künstliche Intelligenz ausschließlich zuständig für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf dieses System im Einklang mit den Aufgaben und Zuständigkeiten, die es den Marktüberwachungsbehörden übertragen hat. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist ebenfalls ausschließlich für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf KI-Systeme zuständig, die eine benannte sehr große Online-Plattform oder sehr große Online-Suchmaschine im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 bilden oder die darin integriert sind.	Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, mit Ausnahme von KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, ***sowie von KI-Systemen, die in Anhang III Punkt 2 aufgeführt sind,*** und werden dieses Modell und System von demselben Anbieter entwickelt, so ist das Büro für Künstliche Intelligenz ausschließlich zuständig für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf dieses System im Einklang mit den Aufgaben und Zuständigkeiten, die es den Marktüberwachungsbehörden übertragen hat. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist ebenfalls ausschließlich für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf KI-Systeme zuständig, die eine benannte sehr große Online-Plattform oder sehr große Online-Suchmaschine im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 bilden

oder die darin integriert sind.

Or. en

Änderungsantrag 322
Stefano Cavedagna

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, mit Ausnahme von KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, und werden dieses Modell und System von demselben Anbieter ***entwickelt, so ist das Büro für Künstliche Intelligenz ausschließlich zuständig für*** die ***Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf dieses System im Einklang mit den Aufgaben und Zuständigkeiten***, ***die es den Marktüberwachungsbehörden übertragen hat.*** Das Büro für Künstliche Intelligenz ***ist ebenfalls*** ausschließlich für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf KI-Systeme zuständig, die eine benannte sehr große Online-Plattform oder sehr große Online-Suchmaschine im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 bilden oder die darin integriert sind.	Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, mit Ausnahme von KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, und werden dieses Modell und System von demselben Anbieter ***oder von Anbieter,*** die ***derselben Unternehmensgruppe angehören, entwickelt***, ***so ist*** das Büro für Künstliche Intelligenz ausschließlich für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf KI-Systeme zuständig, die eine benannte sehr große Online-Plattform oder sehr große Online-Suchmaschine im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 bilden oder die darin integriert sind.

Or. en

Begründung

Der derzeitige Wortlaut beschränkt die Zuständigkeit des Büros für Künstliche Intelligenz auf Fälle, in denen das Modell und das System vom „gleichen Anbieter“ entwickelt werden. Dies führt zu einer Regelungslücke für vertikal integrierte Unternehmensgruppen, bei denen

verschiedene rechtliche Einheiten innerhalb derselben Gruppe das Modell bzw. das System entwickeln. Die Ausweitung des Anwendungsbereichs auf Anbieter, „die derselben Unternehmensgruppe angehören“, gewährleistet eine kohärente Aufsicht über KI-Wertschöpfungsketten innerhalb von Unternehmensgruppen und steht im Einklang mit dem Grundgedanken einer zentralen Aufsicht für die integrierte KI-Entwicklung.

Änderungsantrag 323
Piotr Müller, Assita Kanko

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, mit Ausnahme von KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, und werden ***dieses*** Modell und System von demselben Anbieter entwickelt, so ist das Büro für Künstliche Intelligenz ***ausschließlich zuständig für*** die ***Beaufsichtigung und Durchsetzung*** der Pflichten aus dieser Verordnung ***in Bezug auf*** dieses ***System im Einklang mit den Aufgaben und Zuständigkeiten, die es den Marktüberwachungsbehörden übertragen*** hat***.*** Das Büro für Künstliche Intelligenz ***ist ebenfalls ausschließlich für die Beaufsichtigung*** und ***Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung*** in ***Bezug auf KI-Systeme zuständig, die eine benannte sehr große Online-Plattform oder sehr große Online-Suchmaschine im Sinne*** der Verordnung (EU) ***2022/2065 bilden oder die darin integriert sind***.	Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, mit Ausnahme von KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, und werden ***das*** Modell und ***das*** System von demselben Anbieter entwickelt, so ist das Büro für Künstliche Intelligenz ***befugt,*** die ***Einhaltung*** der Pflichten aus dieser Verordnung ***durch*** dieses ***KI-System zu überwachen und zu beaufsichtigen. Zur Wahrnehmung seiner Beobachtungs- und Überwachungsaufgaben*** hat das Büro für Künstliche Intelligenz ***alle in diesem Abschnitt*** und in der Verordnung (EU) ***2019/1020 vorgesehenen Befugnisse einer Marktüberwachungsbehörde***.

Or. en

Begründung

Die derzeitigen Erfahrungen mit der Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste deuten

darauf hin, dass es keine sofortige Übertragung von Befugnissen von den zuständigen nationalen Behörden auf die Kommission geben sollte. Stattdessen soll die Zusammenarbeit zwischen den Behörden gefördert werden. Daher wird in dem Text auf die ursprüngliche Fassung von Artikel 75 zurückgekehrt, wobei nur begrenzte Änderungen gegenüber dem Omnibus-Vorschlag beibehalten werden.

Änderungsantrag 324
Virginie Joron, Elisabeth Dieringer, Matthieu Valet, Alexandre Varaut, Pascale Piera

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, mit Ausnahme von KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, und werden dieses Modell und System von demselben Anbieter entwickelt, so ***ist*** das Büro für Künstliche Intelligenz ***ausschließlich zuständig für*** die ***Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf*** dieses ***System im Einklang mit den Aufgaben*** und ***Zuständigkeiten,*** die ***es den Marktüberwachungsbehörden übertragen hat. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist ebenfalls ausschließlich für die Beaufsichtigung und Durchsetzung der Pflichten aus dieser Verordnung in Bezug auf KI-Systeme zuständig, die eine benannte sehr große Online-Plattform oder sehr große Online-Suchmaschine im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 bilden oder die darin integriert sind.***	Beruht ein KI-System auf einem KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck, mit Ausnahme von KI-Systemen im Zusammenhang mit Produkten, die unter die in Anhang I aufgeführten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen, ***sowie von KI-Systemen, die in Anhang III Punkt 2 aufgeführt sind,*** und werden dieses Modell und System von demselben Anbieter entwickelt, so ***kann*** das Büro für Künstliche Intelligenz ***nichtverbindliche Empfehlungen an*** die ***Marktüberwachungsbehörden richten, um die Überwachung*** dieses ***Systems sicherzustellen*** und die ***Einhaltung*** der in ***der vorliegenden*** Verordnung ***festgelegten Pflichten überprüfen***.

Or. en

Änderungsantrag 325
Arba Kokalari

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ba) Folgender Absatz 1a wird eingefügt:
	„(1a) Das Büro für Künstliche Intelligenz und die zuständigen nationalen Behörden beziehen Innovation und Wettbewerbsfähigkeit als Leitprinzipien in ihre Arbeit an dieser Verordnung ein.“

Or. en

Änderungsantrag 326
Piotr Müller, Assita Kanko

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Zur Wahrnehmung seiner Aufsichts- und Durchsetzungsaufgaben gemäß dem Unterabsatz 1 hat das Büro für Künstliche Intelligenz alle in diesem Abschnitt und in der Verordnung (EU) 2019/1020 vorgesehenen Befugnisse einer Marktüberwachungsbehörde. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist befugt, geeignete Maßnahmen zu treffen und Beschlüsse zu fassen, um seine Aufsichts- und Durchsetzungsbefugnisse angemessen auszuüben. Artikel 14 der Verordnung (EU) 2019/1020 gilt sinngemäß.	***entfällt***

Or. en

Begründung

Gemäß anderen Änderungen zu Nummer 25.

Änderungsantrag 327
Virginie Joron, Ernő Schaller-Baross, Pál Szekeres, Elisabeth Dieringer, Matthieu Valet, Alexandre Varaut, Pascale Piera

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Zur Wahrnehmung seiner Aufsichts- und Durchsetzungsaufgaben gemäß dem Unterabsatz 1 hat das Büro für Künstliche Intelligenz alle in diesem Abschnitt und in der Verordnung (EU) 2019/1020 vorgesehenen Befugnisse einer Marktüberwachungsbehörde. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist befugt, geeignete Maßnahmen zu treffen und Beschlüsse zu fassen, um seine Aufsichts- und Durchsetzungsbefugnisse angemessen auszuüben. Artikel 14 der Verordnung (EU) 2019/1020 gilt sinngemäß.	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 328
Markéta Gregorová, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Zur Wahrnehmung seiner Aufsichts- und Durchsetzungsaufgaben gemäß dem Unterabsatz 1 hat das Büro für Künstliche Intelligenz alle in diesem Abschnitt und in der Verordnung (EU) 2019/1020 vorgesehenen Befugnisse einer Marktüberwachungsbehörde. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist befugt, geeignete Maßnahmen zu treffen und Beschlüsse zu fassen, um seine Aufsichts- und Durchsetzungsbefugnisse angemessen auszuüben. Artikel 14 der Verordnung (EU) 2019/1020 gilt sinngemäß.	Zur Wahrnehmung seiner Aufsichts- und Durchsetzungsaufgaben gemäß dem Unterabsatz 1 hat das Büro für Künstliche Intelligenz alle in diesem Abschnitt und in der Verordnung (EU) 2019/1020 vorgesehenen Befugnisse einer Marktüberwachungsbehörde. Das Büro für Künstliche Intelligenz ist befugt, geeignete Maßnahmen zu treffen und Beschlüsse zu fassen, um seine Aufsichts- und Durchsetzungsbefugnisse angemessen auszuüben. Artikel 14 der Verordnung (EU) 2019/1020 gilt sinngemäß. ***Die Kommission sorgt dafür, dass das Büro für Künstliche Intelligenz mit den notwendigen technischen und finanziellen Mitteln sowie geeignetem Personal und Infrastrukturen ausgestattet werden, damit es seine Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung wirksam erfüllen kann. Insbesondere muss es stets über eine ausreichende Zahl von Mitarbeitern verfügen, deren Kompetenzen und Fachkenntnisse ein gründliches Verständnis von KI-Technologien, einschließlich KI mit allgemeinem Verwendungszweck, umfassen.***

Or. en

Änderungsantrag 329
Kristian Vigenin, Brando Benifei, Hannes Heide, Francisco Assis, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Zur Wahrnehmung seiner Aufsichts- und Durchsetzungsaufgaben gemäß dem	Zur Wahrnehmung seiner Aufsichts- und Durchsetzungsaufgaben gemäß dem

Unterabsatz 1 hat das Büro für Künstliche Intelligenz alle in diesem Abschnitt und in der Verordnung (EU) 2019/1020 vorgesehenen Befugnisse einer Marktüberwachungsbehörde. Das Büro für Künstliche Intelligenz ***ist befugt,*** geeignete Maßnahmen ***zu treffen und*** Beschlüsse ***zu fassen***, um seine Aufsichts- und Durchsetzungsbefugnisse angemessen auszuüben. Artikel 14 der Verordnung (EU) 2019/1020 gilt sinngemäß.	Unterabsatz 1 hat das Büro für Künstliche Intelligenz alle in diesem Abschnitt und in der Verordnung (EU) 2019/1020 vorgesehenen Befugnisse einer Marktüberwachungsbehörde. Das Büro für Künstliche Intelligenz ***trifft*** geeignete Maßnahmen ***und fasst*** Beschlüsse, um seine Aufsichts- und Durchsetzungsbefugnisse angemessen auszuüben. Artikel 14 der Verordnung (EU) 2019/1020 gilt sinngemäß.

Or. en

Änderungsantrag 330
Kristian Vigenin, Brando Benifei, Hannes Heide, Francisco Assis, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ba) In Absatz 1 wird folgender Unterabsatz 3a angefügt:
	„Das Büro für Künstliche Intelligenz stimmt sich eng mit den zuständigen nationalen Datenschutzbehörden ab, wenn die genannten KI-Systeme Risiken für die Grundrechte auf Privatsphäre und Datenschutz bergen, im Einklang mit Artikel 8 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und im Einklang mit Artikel 2 Absatz 7 der vorliegenden Verordnung.“

Or. en

Änderungsantrag 331
Piotr Müller, Assita Kanko

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die an der Anwendung dieser Verordnung beteiligten Behörden arbeiten bei der ***Ausübung*** dieser ***Befugnisse*** aktiv zusammen***, insbesondere wenn Durchsetzungsmaßnahmen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats zu treffen sind***.	Die an der Anwendung dieser Verordnung beteiligten Behörden arbeiten bei der ***Durchführung*** dieser ***Verordnung*** aktiv zusammen.

Or. en

Begründung

Gemäß anderen Änderungen zu Nummer 25.

Änderungsantrag 332
Jaroslav Bžoch, Klara Dostalova

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die ***an der Anwendung dieser Verordnung beteiligten Behörden*** arbeiten bei der Ausübung dieser Befugnisse aktiv zusammen, insbesondere wenn Durchsetzungsmaßnahmen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats zu treffen sind.	Die ***Marktüberwachungsbehörden*** arbeiten bei der Ausübung dieser Befugnisse aktiv zusammen, insbesondere wenn Durchsetzungsmaßnahmen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats zu treffen sind.

Or. en

Änderungsantrag 333
Brando Benifei, Kristian Vigenin, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Francisco Assis, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Hannes Heide

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 – Unterabsatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ba) In Absatz 1 wird folgender Unterabsatz 3a angefügt:
	„Das Büro für Künstliche Intelligenz stimmt sich eng mit den zuständigen nationalen Datenschutzbehörden ab, wenn die genannten KI-Systeme Risiken für die Grundrechte auf Privatsphäre und Datenschutz bergen, im Einklang mit Artikel 8 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und im Einklang mit Artikel 2 Absatz 7 der vorliegenden Verordnung.“

Or. en

Änderungsantrag 334
Stefano Cavedagna

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe b a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ba) Folgender Absatz 1a wird eingefügt:
	„(1a) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, eine unabhängige Konformitätsbewertungsstelle einzurichten, die Konformitätsbewertungen durch Dritte gemäß Artikel 43 in Bezug auf die in Absatz 1 genannten Hochrisiko-KI-Systeme durchführt. Zu diesem Zweck übernimmt die Kommission die Rolle einer notifizierenden Behörde und erfüllt sinngemäß die Anforderungen an

notifizierende Behörden gemäß Kapitel III Abschnitt 4. Die Konformitätsbewertungsstelle übernimmt die Rolle einer notifizierten Stelle und erfüllt sinngemäß die Anforderungen an notifizierte Stellen gemäß Kapitel III Abschnitt 4, auch in Bezug auf Unabhängigkeit und Kompetenz. Ein Anbieter, der sich einer Konformitätsbewertung durch Dritte in Bezug auf die in Absatz 1 genannten Hochrisiko-KI-Systeme unterziehen muss, kann sich dafür entscheiden, diese Konformitätsbewertungsstelle alternativ zu jeder anderen gemäß Kapitel III Abschnitt 4 benannten notifizierten Stelle zu verwenden.“

Or. en

Begründung

The Commission's original proposal grants exclusive competence to the AI Office for the supervision and enforcement of AI systems based on general-purpose AI models developed by the same provider. However, it also mandates that the Commission directly organise pre-market conformity assessments for these systems. This creates a potential conflict of interest, as the same institution would be responsible for both enforcement and conformity assessment.The proposed amendment addresses this concern by empowering the Commission to establish an independent conformity assessment body, structurally separate from the AI Office. This body would operate under the same requirements applicable to notified bodies under Section 4 of Chapter III, ensuring independence, competence, and impartiality. Crucially, providers retain the choice to use this body or any other competent notified body, thereby preserving market competition in conformity assessment services and avoiding regulatory bottlenecks. This approach aligns with the principles underlying the New Legislative Framework and ensures that providers of AI systems based on general-purpose AI models are not subject to a monopolistic conformity assessment regime.

Änderungsantrag 335
Piotr Müller, Assita Kanko

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe c
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) Folgende Absätze 1a bis 1c werden eingefügt:	***entfällt***
„(1a) Die Kommission erlässt einen Durchführungsrechtsakt, in dem sie die Durchsetzungsbefugnisse und die Verfahren für die Ausübung dieser Befugnisse durch das Büro für Künstliche Intelligenz festlegt, einschließlich seiner Befugnis, im Einklang mit den in Artikel 99 festgelegten Bedingungen und Obergrenzen Sanktionen wie Geldbußen oder andere verwaltungsrechtliche Strafen in Bezug auf die in den Absätzen 1 und 1a dieses Artikels genannten KI-Systeme zu verhängen, bei denen es im Rahmen seiner Beobachtungs- und Aufsichtsaufgaben gemäß diesem Artikel Verstöße gegen diese Verordnung festgestellt hat.“	
„(1b) Unbeschadet der in dieser Verordnung enthaltenen spezifischeren Verfahrensrechte gilt Artikel 18 der Verordnung (EU) 2019/1020 sinngemäß für die Anbieter der in Absatz 1 genannten KI-Systeme.“	
„(1c) Die Kommission organisiert dem Inverkehrbringen vorgeschaltete Konformitätsbewertungen und Tests der in Absatz 1 genannten KI-Systeme, die als hochriskant eingestuft sind und einer Konformitätsbewertung durch Dritte gemäß Artikel 43 unterliegen, und führt diese durch, bevor solche KI-Systeme in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden. Bei diesen Tests und Bewertungen wird überprüft, ob die Systeme den einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung entsprechen und gemäß dieser Verordnung in der Union in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden dürfen. Die Kommission kann die gemäß dieser Verordnung benannten notifizierten Stellen mit der Durchführung dieser Tests oder	

Bewertungen betrauen; in diesem Fall handeln diese notifizierten Stellen im Namen der Kommission. Artikel 34 Absätze 1 und 2 gilt sinngemäß für die Kommission, wenn sie ihre Befugnisse nach diesem Absatz ausübt.

Die Gebühren für Test- und Bewertungstätigkeiten werden von dem Anbieter eines Hochrisiko-KI-Systems erhoben, der bei der Kommission eine Konformitätsbewertung durch Dritte beantragt hat. Die Kosten der Dienstleistungen, mit denen die Kommission die notifizierten Stellen gemäß diesem Artikel betraut hat, werden vom Anbieter direkt an die notifizierte Stelle gezahlt.“

Or. en

Begründung

Die Konzentration der Regulierungs-, Durchsetzungs- und Konformitätsbewertungsfunktionen in der Kommission birgt die Gefahr, dass die institutionelle Unparteilichkeit, die Rechtssicherheit und das System des gegenseitigen Vertrauens, auf dem der Binnenmarkt beruht, ausgehöhlt werden. Die EU-Rechtsvorschriften zur Produktsicherheit beruhen auf einer funktionalen Trennung zwischen Rechtsetzung, Festlegung technischer Normen, unabhängiger Konformitätsbewertung und Marktüberwachung. Eine Verwischung dieser Rollen führt dazu, dass die Kommission die Einhaltung ihrer eigenen Vorschriften sowohl definiert als auch beurteilt, und schwächt die Unabhängigkeit der notifizierten Stellen.

Änderungsantrag 336
Virginie Joron, Ernő Schaller-Baross, Pál Szekeres, Elisabeth Dieringer, Matthieu Valet, Alexandre Varaut, Pascale Piera

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe c
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) Folgende Absätze 1a bis 1c werden eingefügt:	***entfällt***
„(1a) Die Kommission erlässt einen	

Durchführungsrechtsakt, in dem sie die Durchsetzungsbefugnisse und die Verfahren für die Ausübung dieser Befugnisse durch das Büro für Künstliche Intelligenz festlegt, einschließlich seiner Befugnis, im Einklang mit den in Artikel 99 festgelegten Bedingungen und Obergrenzen Sanktionen wie Geldbußen oder andere verwaltungsrechtliche Strafen in Bezug auf die in den Absätzen 1 und 1a dieses Artikels genannten KI-Systeme zu verhängen, bei denen es im Rahmen seiner Beobachtungs- und Aufsichtsaufgaben gemäß diesem Artikel Verstöße gegen diese Verordnung festgestellt hat.“

(1b) Unbeschadet der in dieser Verordnung enthaltenen spezifischeren Verfahrensrechte gilt Artikel 18 der Verordnung (EU) 2019/1020 sinngemäß für die Anbieter der in Absatz 1 genannten KI-Systeme.“

(1c) Die Kommission organisiert dem Inverkehrbringen vorgeschaltete Konformitätsbewertungen und Tests der in Absatz 1 genannten KI-Systeme, die als hochriskant eingestuft sind und einer Konformitätsbewertung durch Dritte gemäß Artikel 43 unterliegen, und führt diese durch, bevor solche KI-Systeme in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden. Bei diesen Tests und Bewertungen wird überprüft, ob die Systeme den einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung entsprechen und gemäß dieser Verordnung in der Union in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden dürfen. Die Kommission kann die gemäß dieser Verordnung benannten notifizierten Stellen mit der Durchführung dieser Tests oder Bewertungen betrauen; in diesem Fall handeln diese notifizierten Stellen im Namen der Kommission. Artikel 34 Absätze 1 und 2 gilt sinngemäß für die Kommission, wenn sie ihre Befugnisse

nach diesem Absatz ausübt.

Die Gebühren für Test- und Bewertungstätigkeiten werden von dem Anbieter eines Hochrisiko-KI-Systems erhoben, der bei der Kommission eine Konformitätsbewertung durch Dritte beantragt hat. Die Kosten der Dienstleistungen, mit denen die Kommission die notifizierten Stellen gemäß diesem Artikel betraut hat, werden vom Anbieter direkt an die notifizierte Stelle gezahlt.“

Or. en

Änderungsantrag 337
Zala Tomašič, Tomáš Zdechovský, Jan Farský, Alexandr Vondra, Ondřej Krutílek

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe c
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(1a) Die Kommission ***erlässt einen Durchführungsrechtsakt,*** in ***dem sie*** die ***Durchsetzungsbefugnisse*** und ***die Verfahren für die Ausübung dieser Befugnisse*** durch ***das Büro für Künstliche Intelligenz festlegt, einschließlich seiner Befugnis***, ***im Einklang mit*** den ***in Artikel 99 festgelegten Bedingungen*** und ***Obergrenzen Sanktionen wie Geldbußen*** oder ***andere verwaltungsrechtliche Strafen in Bezug auf*** die in ***den Absätzen*** 1 und ***1a dieses Artikels genannten KI-Systeme zu verhängen,*** bei ***denen es im Rahmen seiner Beobachtungs-*** und ***Aufsichtsaufgaben gemäß diesem Artikel Verstöße gegen*** diese Verordnung ***festgestellt hat***.“	„(1a) Die Kommission ***organisiert dem Inverkehrbringen vorgeschaltete Konformitätsbewertungen und Tests der*** in ***Absatz 1 genannten KI-Systeme,*** die ***als hochriskant eingestuft sind*** und ***einer Konformitätsbewertung durch Dritte gemäß Artikel 43 unterliegen, und führt diese*** durch***, bevor solche KI-Systeme in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden. Bei diesen Tests und Bewertungen wird überprüft***, ***ob die Systeme*** den ***einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung entsprechen*** und ***gemäß dieser Verordnung in der Union in Verkehr gebracht*** oder ***in Betrieb genommen werden dürfen. Die Kommission kann*** die ***gemäß dieser Verordnung benannten notifizierten Stellen mit der Durchführung dieser Tests oder Bewertungen betrauen;*** in ***diesem Fall***

handeln diese notifizierten Stellen im Namen der Kommission. Artikel 34 Absätze 1 und ***2 gilt sinngemäß für die Kommission, wenn sie ihre Befugnisse nach diesem Absatz ausübt. Bei der Organisation und Durchführung solcher Tests und Bewertungen sorgt die Kommission für verhältnismäßige Verfahren, die auf KMU und kleine Midcap-Unternehmen ausgerichtet sind, einschließlich einer vereinfachten Dokumentation und eines geringeren Verwaltungsaufwands, ohne das durch diese Verordnung gebotene Schutzniveau zu senken.***“

Or. en

Begründung

Mit dieser Änderung wird sichergestellt, dass die von der Kommission organisierten Konformitätsbewertungen vor dem Inverkehrbringen in der Praxis verhältnismäßig bleiben und keinen unverhältnismäßigen Verfahrens- und Dokumentationsaufwand für KMU und kleine Midcap-Unternehmen verursachen. Indem Verfahren, die auf KMU und kleine Midcap-Unternehmen ausgerichtet sind, wie vereinfachte Dokumentation und reduzierte Verwaltungsschritte vorgeschrieben werden, wird ein wirksamer Marktzugang unterstützt und Engpässe bei der Einhaltung der Vorschriften vermieden, während ausdrücklich das gleiche Schutzniveau und die gleichen Regulierungsziele im Rahmen der KI-Verordnung beibehalten werden.

Änderungsantrag 338
Brando Benifei, Kristian Vigenin, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Francisco Assis, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Hannes Heide

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe c
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(1a) Die Kommission erlässt einen Durchführungsrechtsakt, in dem sie die Durchsetzungsbefugnisse und die Verfahren für die Ausübung dieser Befugnisse durch das Büro für Künstliche	„(1a) Die Kommission erlässt einen Durchführungsrechtsakt, in dem sie die Durchsetzungsbefugnisse und die Verfahren für die Ausübung dieser Befugnisse durch das Büro für Künstliche

Intelligenz festlegt, einschließlich seiner ***Befugnis***, im Einklang mit den in Artikel 99 festgelegten Bedingungen und Obergrenzen Sanktionen wie Geldbußen oder andere verwaltungsrechtliche Strafen in Bezug auf die in den Absätzen 1 und 1a dieses Artikels genannten KI-Systeme zu verhängen, bei denen es im Rahmen seiner Beobachtungs- und Aufsichtsaufgaben gemäß diesem Artikel Verstöße gegen diese Verordnung festgestellt hat.“	Intelligenz festlegt, einschließlich seiner ***Pflicht***, ***bei einem Verstoß gegen die Vorschriften*** im Einklang mit den in Artikel 99 festgelegten Bedingungen und Obergrenzen Sanktionen wie Geldbußen oder andere verwaltungsrechtliche Strafen in Bezug auf die in den Absätzen 1 und 1a dieses Artikels genannten KI-Systeme zu verhängen, bei denen es im Rahmen seiner Beobachtungs- und Aufsichtsaufgaben gemäß diesem Artikel Verstöße gegen diese Verordnung festgestellt hat.“

Or. en

Änderungsantrag 339
Brando Benifei, Kristian Vigenin, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Francisco Assis, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Hannes Heide

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe c
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 a a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	„(***1aa) Hat die Kommission kein Verfahren wegen desselben Verstoßes eingeleitet, verfügt der Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptniederlassung des Anbieters einer sehr großen Online-Plattform oder einer sehr großen Online-Suchmaschine befindet oder seine gesetzliche Vertretung ansässig bzw. niedergelassen ist, über die Befugnisse, die Verpflichtungen dieser Verordnung in Bezug auf diese Anbieter zu überwachen und durchzusetzen.“***

Or. en

Änderungsantrag 340
Michael McNamara, Svenja Hahn

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 – Buchstabe c
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 – Absatz 1 c

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Die Kommission ***organisiert*** dem Inverkehrbringen vorgeschaltete Konformitätsbewertungen und Tests der in Absatz 1 genannten KI-Systeme, die als hochriskant eingestuft sind und einer Konformitätsbewertung durch Dritte gemäß Artikel 43 unterliegen, ***und führt diese durch***, bevor solche KI-Systeme in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden. Bei diesen Tests und Bewertungen wird überprüft, ob die Systeme den einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung entsprechen und gemäß dieser Verordnung in der Union in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden dürfen. Die Kommission ***kann*** die gemäß dieser Verordnung benannten notifizierten Stellen mit der Durchführung dieser Tests oder Bewertungen ***betrauen***; in diesem Fall handeln diese notifizierten Stellen im Namen der Kommission. Artikel 34 Absätze 1 und 2 gilt sinngemäß für die Kommission, wenn sie ihre Befugnisse nach diesem Absatz ausübt.	Die Kommission ***kann, wenn sie dies für notwendig erachtet und entsprechend Artikel 28 Absatz 8,*** dem Inverkehrbringen vorgeschaltete Konformitätsbewertungen und Tests der in Absatz 1 genannten KI-Systeme, die als hochriskant eingestuft sind und einer Konformitätsbewertung durch Dritte gemäß Artikel 43 unterliegen, ***durchführen***, bevor solche KI-Systeme in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden. Bei diesen Tests und Bewertungen wird überprüft, ob die Systeme den einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung entsprechen und gemäß dieser Verordnung in der Union in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden dürfen. ***Wenn*** die Kommission ***es nicht für notwendig erachtet, die dem Inverkehrbringen vorgeschalteten Konformitätsbewertungen selbst durchzuführen, betraut sie*** die gemäß dieser Verordnung benannten notifizierten Stellen mit der Durchführung dieser Tests oder Bewertungen; in diesem Fall handeln diese notifizierten Stellen im Namen der Kommission. Artikel 34 Absätze 1 und 2 gilt sinngemäß für die Kommission, wenn sie ihre Befugnisse nach diesem Absatz ausübt.

Or. en

Änderungsantrag 341
Regina Doherty

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 25 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 75 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	(25a) Folgender Artikel wird eingefügt:
	„Artikel 75a
	Das Büro für Künstliche Intelligenz erachtet die Förderung von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum als zentrale Ziele, die in seine Arbeit einfließen und in seine Tätigkeiten integriert werden. Das Büro für Künstliche Intelligenz erstattet jährlich Bericht darüber, wie es diese Ziele erreicht hat.“

Or. en

Änderungsantrag 342
Leila Chaibi, Pernando Barrena Arza
im Namen der Fraktion The Left

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 26
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 77

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
26. Artikel 77 wird wie folgt geändert:	***entfällt***
a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:	
„Befugnisse der für den Schutz der Grundrechte zuständigen Behörden und Zusammenarbeit mit den Marktüberwachungsbehörden“	
b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:	
„(1) Nationale Behörden oder öffentliche Stellen, die die Einhaltung des Unionsrechts zum Schutz der Grundrechte, einschließlich des Rechts auf Nichtdiskriminierung, beaufsichtigen oder durchsetzen, sind befugt, sämtliche von der betreffenden Marktüberwachungsbehörde auf der	

Grundlage dieser Verordnung erstellten oder in zugänglicher Sprache und Form geführten Informationen oder Dokumentationen anzufordern und einzusehen, sofern der Zugang zu diesen Informationen oder Dokumentationen für die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen ihrer Befugnisse innerhalb der Grenzen ihrer Hoheitsgewalt notwendig ist.“

c) Folgende Absätze 1a und 1b werden eingefügt:

„(1a) Unter den in diesem Artikel genannten Bedingungen gewährt die Marktüberwachungsbehörde der in Absatz 1 genannten zuständigen Behörde oder öffentlichen Stelle Zugang zu diesen Informationen oder Dokumentationen, wozu sie diese Informationen oder Dokumentationen erforderlichenfalls auch erst vom Anbieter oder Betreiber anfordert.“

„(1b) Die Marktüberwachungsbehörden und die in Absatz 1 genannten Behörden oder öffentlichen Stellen arbeiten eng zusammen und leisten einander die für die Wahrnehmung ihrer jeweiligen Aufgaben erforderliche Amtshilfe, um eine kohärente Anwendung dieser Verordnung und des Unionsrechts zum Schutz der Grundrechte zu gewährleisten und die Verfahren zu straffen. Dies umfasst insbesondere den Austausch von Informationen, soweit dieser für die wirksame Beaufsichtigung oder Durchsetzung im Rahmen dieser Verordnung und der anderen einschlägigen Rechtsvorschriften der Union erforderlich ist.“

Or. en

Änderungsantrag 343
Kristian Vigenin, Brando Benifei, Hannes Heide, Francisco Assis, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Alex Agius

Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 26 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 77 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(1) Nationale Behörden oder öffentliche Stellen, die die Einhaltung des Unionsrechts zum Schutz der Grundrechte, einschließlich des Rechts auf Nichtdiskriminierung, beaufsichtigen oder durchsetzen, sind befugt, sämtliche von der betreffenden Marktüberwachungsbehörde auf der Grundlage dieser Verordnung erstellten oder in zugänglicher Sprache und Form geführten Informationen oder Dokumentationen anzufordern und einzusehen, sofern der Zugang zu diesen Informationen oder Dokumentationen für die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen ihrer Befugnisse innerhalb der Grenzen ihrer Hoheitsgewalt notwendig ist.“	„(1) Nationale Behörden oder öffentliche Stellen, die die Einhaltung des Unionsrechts zum Schutz der Grundrechte, einschließlich des Rechts auf Nichtdiskriminierung, beaufsichtigen oder durchsetzen, sind befugt, sämtliche von der betreffenden Marktüberwachungsbehörde auf der Grundlage dieser Verordnung erstellten oder in zugänglicher Sprache und ***durch elektronischen Mitteln ermöglichter maschinenlesbarer*** Form geführten Informationen oder Dokumentationen anzufordern und einzusehen, sofern der Zugang zu diesen Informationen oder Dokumentationen für die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen ihrer Befugnisse innerhalb der Grenzen ihrer Hoheitsgewalt notwendig ist. ***Dies gilt unbeschadet der Zuständigkeiten, Aufgaben, Befugnisse und Unabhängigkeit der zuständigen nationalen Behörden oder öffentlichen Stellen im Rahmen ihrer Mandate. Insbesondere schränkt dieser Artikel nicht die Befugnisse ein, die diese Behörden und Stellen nach anderem Unionsrecht oder nationalem Recht haben, um Informationen zu ersuchen. Dementsprechend behalten diese Behörden und Stellen die Befugnis, gemäß ihrem Mandat oder anderen Rechtsvorschriften Informationen direkt von den Betreibern anzufordern.***“

Or. en

Änderungsantrag 344
Kristian Vigenin, Brando Benifei, Hannes Heide, Francisco Assis, François Kalfon,

Elisabeth Grossmann, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 26 – Buchstabe c – Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
c) Folgende Absätze 1a ***und*** 1b werden eingefügt:	c) Folgende Absätze 1a***,*** 1b ***und 1c*** werden eingefügt:

Or. en

Änderungsantrag 345
Stefano Cavedagna

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 26 – Buchstabe c
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 77 – Absatz 1 a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(1a) Unter den in diesem Artikel genannten Bedingungen gewährt die Marktüberwachungsbehörde der in Absatz 1 genannten zuständigen Behörde oder öffentlichen Stelle Zugang zu diesen Informationen oder Dokumentationen, wozu sie diese Informationen oder Dokumentationen erforderlichenfalls auch erst vom Anbieter oder Betreiber anfordert.“	„(1a) Unter den in diesem Artikel genannten Bedingungen gewährt die Marktüberwachungsbehörde der in Absatz 1 genannten zuständigen Behörde oder öffentlichen Stelle Zugang zu diesen Informationen oder Dokumentationen, wozu sie diese Informationen oder Dokumentationen erforderlichenfalls auch erst vom Anbieter oder Betreiber anfordert. ***In diesem Fall muss der Antrag der Größe und den Fähigkeiten des Betreibers Rechnung tragen.***“

Or. en

Begründung

Zwar wird die in Artikel 77 vorgesehene Stärkung der Zusammenarbeit begrüßt, doch wird es als wesentlich erachtet, dass Informationsersuchen der zuständigen Behörden zielgerichtet bleiben und in einem angemessenen Verhältnis zur Größe und Kapazität der Unternehmen stehen, von denen die Informationen angefordert werden.

Änderungsantrag 346
Kristian Vigenin, Brando Benifei, Hannes Heide, Francisco Assis, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 26 – Buchstabe c
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 77 – Absatz 1 a

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(1a) ***Unter den in diesem Artikel genannten Bedingungen*** gewährt ***die Marktüberwachungsbehörde*** der in Absatz 1 genannten zuständigen Behörde oder öffentlichen Stelle Zugang zu diesen Informationen oder Dokumentationen, wozu sie diese Informationen oder Dokumentationen ***erforderlichenfalls*** auch erst vom Anbieter oder Betreiber anfordert.“	„(1a) ***Die Marktüberwachungsbehörde*** gewährt der in Absatz 1 genannten zuständigen Behörde oder öffentlichen Stelle Zugang zu diesen Informationen oder Dokumentationen, wozu sie diese Informationen oder Dokumentationen ***unverzüglich, spätestens jedoch einen Monat nach Eingang des Ersuchens*** auch erst vom Anbieter oder Betreiber anfordert.“

Or. en

Änderungsantrag 347
Kristian Vigenin, Brando Benifei, Hannes Heide, Francisco Assis, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 26 – Buchstabe c
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 77 – Absatz 1 b

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(1b) Die Marktüberwachungsbehörden und die in Absatz 1 genannten Behörden oder öffentlichen Stellen arbeiten eng zusammen und leisten einander die für die Wahrnehmung ihrer jeweiligen Aufgaben erforderliche Amtshilfe, um eine kohärente Anwendung dieser Verordnung und des Unionsrechts zum Schutz der Grundrechte zu gewährleisten und die Verfahren zu straffen. Dies umfasst insbesondere den	„(1b) Die Marktüberwachungsbehörden und die in Absatz 1 genannten Behörden oder öffentlichen Stellen arbeiten eng zusammen und leisten einander die für die Wahrnehmung ihrer jeweiligen Aufgaben erforderliche Amtshilfe, um eine kohärente Anwendung dieser Verordnung und des Unionsrechts zum Schutz der Grundrechte zu gewährleisten und die Verfahren zu straffen ***und gleichzeitig ihre jeweiligen***

Austausch von Informationen***, soweit dieser*** für die wirksame Beaufsichtigung oder Durchsetzung ***im Rahmen*** dieser Verordnung und der anderen einschlägigen ***Rechtsvorschriften der Union erforderlich ist***.“	***Zuständigkeiten, Aufgaben, Befugnisse und ihre Unabhängigkeit zu achten***. Dies umfasst insbesondere den Austausch von Informationen für die wirksame Beaufsichtigung oder Durchsetzung dieser Verordnung und der anderen einschlägigen ***EU-Rechtsvorschriften***.“

Or. en

Änderungsantrag 348
Kristian Vigenin, Brando Benifei, Hannes Heide, Francisco Assis, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 26 – Buchstabe c
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 77 – Absatz 1 c (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	„***(1c) Amtshilfeersuchen enthalten alle erforderlichen Informationen, einschließlich Zweck und Begründung des Ersuchens. Die Marktüberwachungsbehörde lehnt das Ersuchen nur ab, wenn a) die ersuchende Behörde für den Gegenstand des Ersuchens oder für die Maßnahmen, die sie durchführen soll, nicht zuständig ist oder ein Eingehen auf das Ersuchen gegen diese Verordnung verstoßen würde oder gegen das Unionsrecht oder das Recht der Mitgliedstaaten, dem die Marktüberwachungsbehörde, bei der das Ersuchen eingeht, unterliegt.“***

Or. en

Änderungsantrag 349
Piotr Müller, Assita Kanko

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 26 a (neu)

Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 80 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	26a) Folgender Artikel wird eingefügt:
	„Artikel 80a
	Führung von Aufzeichnungen und Transparenz der Kommunikation in Bezug auf die Aufsicht
	Die zuständigen nationalen Behörden und das Büro für Künstliche Intelligenz führen organisierte und abrufbare Aufzeichnungen über die Kommunikation mit Anbietern und Betreibern von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck mit systemischem Risiko im Zusammenhang mit der Anwendung oder Auslegung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung, insbesondere der in Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe b festgelegten Verpflichtungen. Diese Aufzeichnungen werden in kohärenter Weise dokumentiert und gegebenenfalls und unbeschadet des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen für die Zwecke der parlamentarischen Kontrolle, der Zusammenarbeit zwischen Behörden und der gerichtlichen Überprüfung zur Verfügung gestellt.“

Or. en

Begründung

Die Einführung einer klaren Verpflichtung zur Aufzeichnung und systematischen Organisation der Kommunikation in Bezug auf die Aufsicht ist erforderlich, um Transparenz, Rechenschaftspflicht, demokratische Kontrolle und Gleichbehandlung der Wirtschaftsteilnehmer zu gewährleisten, insbesondere im Hinblick auf die Auslegung und Anwendung des Begriffs des Systemrisikos und der damit verbundenen Verpflichtungen. Darüber hinaus würde sie eine wirksame gerichtliche und parlamentarische Kontrolle ermöglichen und gleichzeitig den Schutz von Geschäftsgeheimnissen in vollem Umfang wahren.

Änderungsantrag 350
Henrik Dahl

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 26 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 82

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	26a) Artikel 82 wird gestrichen.

Or. en

Begründung

Der Artikel untergräbt die Rechtssicherheit und Vorausschaubarkeit für Anbieter, da ein konformes KI-System noch weiteren Anforderungen oder Beschränkungen durch nationale Behörden unterliegen kann. Dies könnte zu einer Fragmentierung des Binnenmarkts führen, da verschiedene Mitgliedstaaten verschiedene zusätzliche Anforderungen einführen können.

Änderungsantrag 351
Piotr Müller, Assita Kanko

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 26 b (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 92 – Absatz 3

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	26b) Artikel 92 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
3. Für die Zwecke des Absatzes 1 kann die Kommission über API oder weitere geeignete technische Mittel und Instrumente***, einschließlich Quellcode,*** Zugang zu dem betreffenden KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck anfordern.	**„**3. Für die Zwecke des Absatzes 1 kann die Kommission über API oder weitere geeignete technische Mittel und Instrumente Zugang zu dem betreffenden KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck anfordern.**“**

Or. en

Begründung

Die obligatorische Offenlegung proprietärer Quellcodes würde sensible sicherheits- und handelsbezogene Informationen offenlegen, aber angesichts der bestehenden Transparenz-, Dokumentations- und Prüfungsinstrumente, die bereits im Rahmen der KI-Verordnung zur Verfügung stehen, nur marginale Vorteile für die Aufsicht mit sich bringen.

Änderungsantrag 352
Kateřina Konečná

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 27
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 95 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
27. Artikel 95 Absatz 4 erhält folgende Fassung:	***entfällt***
„(4) Das Büro für Künstliche Intelligenz und die Mitgliedstaaten berücksichtigen die besonderen Interessen und Bedürfnisse von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, bei der Förderung und Erleichterung der Aufstellung von Verhaltenskodizes.“	

Or. en

Änderungsantrag 353
Leila Chaibi, Pernando Barrena Arza
im Namen der Fraktion The Left

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 27
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 95 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
27. Artikel 95 Absatz 4 erhält folgende Fassung:	***entfällt***
„(4) Das Büro für Künstliche	

Intelligenz und die Mitgliedstaaten berücksichtigen die besonderen Interessen und Bedürfnisse von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, bei der Förderung und Erleichterung der Aufstellung von Verhaltenskodizes.“

Or. en

Änderungsantrag 354
Brando Benifei, Kristian Vigenin, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Francisco Assis, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Hannes Heide

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 27
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 95 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
27. Artikel 95 Absatz 4 erhält folgende Fassung:	***entfällt***
„(4) Das Büro für Künstliche Intelligenz und die Mitgliedstaaten berücksichtigen die besonderen Interessen und Bedürfnisse von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, bei der Förderung und Erleichterung der Aufstellung von Verhaltenskodizes.“	

Or. en

Änderungsantrag 355
Leila Chaibi, Pernando Barrena Arza
im Namen der Fraktion The Left

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 28
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 96 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
28. Artikel 96 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:	***entfällt***
„Wenn die Kommission solche Leitlinien herausgibt, widmet sie den Bedürfnissen von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, von lokalen Behörden und von den am wahrscheinlichsten von dieser Verordnung betroffenen Sektoren besondere Aufmerksamkeit.“	

Or. en

Änderungsantrag 356
Kateřina Konečná

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 28
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 96 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
28. Artikel 96 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:	***entfällt***
„Wenn die Kommission solche Leitlinien herausgibt, widmet sie den Bedürfnissen von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, von lokalen Behörden und von den am wahrscheinlichsten von dieser Verordnung betroffenen Sektoren besondere Aufmerksamkeit.“	

Or. en

Änderungsantrag 357
Axel Voss, Arba Kokalari

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 28 – Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
28. Artikel 96 Absatz 1 Unterabsatz 2 ***erhält*** folgende Fassung:	28. Artikel 96 Absatz 1 ***Buchstaben a und g und*** Unterabsatz 2 ***erhalten*** folgende Fassung:

Or. en

Änderungsantrag 358
Tomáš Zdechovský

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 27 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 96 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	27a) Artikel 96 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:
a) die Anwendung der in den Artikeln 8 bis 15 und in ***Artikel*** 25 genannten Anforderungen und Pflichten;	a) die Anwendung der in den Artikeln 8 bis 15 und in ***den Artikeln*** 25 ***und 26*** genannten Anforderungen und Pflichten;

Or. en

Begründung

Dieser Änderungsantrag spiegelt die Bedenken der Industrie hinsichtlich des Mangels an Leitlinien zu Artikel 26 (Pflichten der Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen) wider.

Änderungsantrag 359
Lukas Mandl, Sander Smit

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 27 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 96 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	27a) Artikel 96 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:
a) die Anwendung der in den Artikeln 8 bis 15 und in Artikel 25 genannten Anforderungen und Pflichten;	a) die Anwendung der in den Artikeln 8 bis 15 und in den Artikeln 25 und 26 genannten Anforderungen und Pflichten;

Or. en

Begründung

Dieser Änderungsantrag spiegelt die Bedenken der Industrie hinsichtlich des Mangels an Leitlinien zu Artikel 26 (Pflichten der Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen) wider. Die Leitlinien der Kommission für die Umsetzung dieser Verordnung in der Praxis sollten sich daher unter anderem besonders auf Artikel 26 konzentrieren.

Änderungsantrag 360
Axel Voss, Arba Kokalari

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 28 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 96 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	28a) Artikel 96 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:
a) die Anwendung der in den Artikeln 8 bis 15 und in ***Artikel*** 25 genannten Anforderungen und Pflichten;	***„a)*** die Anwendung der in den Artikeln 8 bis 15 und in ***den Artikeln*** 25 ***und 26*** genannten Anforderungen und Pflichten;**“**

Or. en

(Verordnung (EU) 2024/1689)

Begründung

Dieser Änderungsantrag spiegelt die Bedenken der Industrie hinsichtlich des Mangels an Leitlinien zu Artikel 26 (Pflichten der Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen) wider. Die Leitlinien der Kommission für die Umsetzung dieser Verordnung in der Praxis sollten sich daher unter anderem besonders auf Artikel 26 konzentrieren.

Änderungsantrag 361
Axel Voss

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 28 b (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 96 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe g (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	28b) In Artikel 96 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird folgender Buchstabe angefügt:
	„g) die Anwendung der in Artikel 27 genannten Anforderungen und Pflichten, einschließlich der Möglichkeit, dass die Grundrechte-Folgenabschätzung durch die Datenschutz-Folgenabschätzung gemäß Artikel 27 Absatz 4 dieser Verordnung vertreten wird, gegebenenfalls unter Verwendung standardisierter Vorlagen, Checklisten und bewährter Verfahren.“

Or. en

Begründung

Dieser Änderungsantrag spiegelt die Schwierigkeit der Industrie wider, die in Artikel 27 festgelegten Anforderungen an die Grundrechte-Folgenabschätzung für Hochrisiko-KI-Systeme zu erfüllen. Daher wird die Kommission aufgefordert, Leitlinien für die praktische Umsetzung dieses Artikels zu erstellen, insbesondere auch für das Zusammenspiel zwischen den Grundrechte-Folgenabschätzungen und den Datenschutz-Folgenabschätzungen.

Änderungsantrag 362
Stefano Cavedagna

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 27 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 96 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	27a) In Artikel 96 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird folgender Buchstabe angefügt:
	„fa) die praktische Anwendung der Ausnahmen in Bezug auf die Forschung gemäß Artikel 2 Absätze 6 und 8 der KI-Verordnung, einschließlich Informationen darüber, wie sie in sektoralen Kontexten wie der vorklinischen Forschung, klinischen Studien und Produktentwicklung im Bereich der Arzneimittel oder Medizinprodukte Anwendung finden sollen.“

Or. en

Begründung

Obwohl KI-Modelle und -Systeme, die ausschließlich der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung dienen, ausdrücklich von den Vorschriften der KI-Verordnung ausgenommen sind, sind praktische und rechtsverbindliche Leitlinien erforderlich, um Rechtssicherheit zu gewährleisten und übermäßigen Regelungsaufwand für Unternehmen, die künstliche Intelligenz bei diesen Tätigkeiten einsetzen, zu vermeiden.

Änderungsantrag 363
Lukas Mandl, Sander Smit

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 27 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 96 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	27a) In Artikel 96 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird Buchstabe fa eingefügt:
	„fa) die Anwendung der in Artikel 27 genannten Anforderungen und Pflichten, einschließlich der Möglichkeit, dass die Grundrechte-Folgenabschätzung durch die Datenschutz-Folgenabschätzung

gemäß Artikel 27 Absatz 4 dieser Verordnung vertreten wird, gegebenenfalls unter Verwendung standardisierter Vorlagen, Checklisten und bewährter Verfahren.“

Or. en

Begründung

Dieser Änderungsantrag spiegelt die Schwierigkeit der Industrie wider, die in Artikel 27 festgelegten Anforderungen an die Grundrechte-Folgenabschätzung für Hochrisiko-KI-Systeme zu erfüllen. Daher wird die Kommission aufgefordert, Leitlinien für die praktische Umsetzung dieses Artikels zu erstellen, insbesondere auch für das Zusammenspiel zwischen den Grundrechte-Folgenabschätzungen und den Datenschutz-Folgenabschätzungen.

Änderungsantrag 364
Tomáš Zdechovský

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 27 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 96 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	27a) In Artikel 96 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird Buchstabe fa eingefügt:
	„fa) die Anwendung der in Artikel 27 genannten Anforderungen und Pflichten, einschließlich der Möglichkeit, dass die Grundrechte-Folgenabschätzung durch die Datenschutz-Folgenabschätzung gemäß Artikel 27 Absatz 4 dieser Verordnung vertreten wird, gegebenenfalls unter Verwendung standardisierter Vorlagen, Checklisten und bewährter Verfahren.“

Or. en

Begründung

Dieser Änderungsantrag spiegelt die Schwierigkeit der Industrie wider, die in Artikel 27 festgelegten Anforderungen an die Grundrechte-Folgenabschätzung für Hochrisiko-KI-Systeme zu erfüllen. Daher wird die Kommission aufgefordert, Leitlinien für die praktische

Umsetzung dieses Artikels zu erstellen, insbesondere auch für das Zusammenspiel zwischen den Grundrechte-Folgenabschätzungen und den Datenschutz-Folgenabschätzungen.

Änderungsantrag 365
Virginie Joron, Jaroslav Bžoch, Klara Dostalova, Jorge Martín Frías, Elisabeth Dieringer, Matthieu Valet, Alexandre Varaut, Pascale Piera

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 28 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 96 – Absatz 2

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	28a) Artikel 96 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
2. Auf Ersuchen der Mitgliedstaaten oder des Büros für Künstliche Intelligenz oder von sich aus aktualisiert die Kommission früher verabschiedete Leitlinien, wenn es als notwendig erachtet wird.	***2. Auf Ersuchen der Mitgliedstaaten aktualisiert die Kommission früher verabschiedete Leitlinien, wenn dies als notwendig erachtet wird.***

Or. en

Änderungsantrag 366
Brando Benifei, Kristian Vigenin, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Francisco Assis, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Hannes Heide

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 28
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 96 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
28. Artikel 96 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:	***entfällt***
„Wenn die Kommission solche Leitlinien herausgibt, widmet sie den Bedürfnissen von kleinen Midcaps und KMU,	

einschließlich Start-up-Unternehmen, von lokalen Behörden und von den am wahrscheinlichsten von dieser Verordnung betroffenen Sektoren besondere Aufmerksamkeit.“

Or. en

Änderungsantrag 367
Leila Chaibi, Pernando Barrena Arza
im Namen der Fraktion The Left

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 29
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 99

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
29. Artikel 99 wird wie folgt geändert:	***entfällt***
a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:	
„(1) Entsprechend den Vorgaben dieser Verordnung erlassen die Mitgliedstaaten Vorschriften für Sanktionen und andere Durchsetzungsmaßnahmen, zu denen auch Verwarnungen und nichtmonetäre Maßnahmen gehören können, die bei Verstößen gegen diese Verordnung durch Akteure Anwendung finden, und ergreifen alle Maßnahmen, die für deren ordnungsgemäße und wirksame Durchsetzung notwendig sind, wobei die von der Kommission gemäß Artikel 96 erteilten Leitlinien zu berücksichtigen sind. Die vorgesehenen Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten berücksichtigen bei der Verhängung von Sanktionen die Interessen von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, sowie deren wirtschaftliches Überleben.“	
b) Absatz 6 erhält folgende Fassung:	
„(6) Im Falle von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-	

Unternehmen, gilt für jede in diesem Artikel genannte Geldbuße der jeweils niedrigere Betrag aus den in den Absätzen 3, 4 und 5 genannten Prozentsätzen oder Summen.“

Or. en

Änderungsantrag 368
Brando Benifei, Kristian Vigenin, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Francisco Assis, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Hannes Heide

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 29
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 99

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
29. Artikel 99 wird wie folgt geändert:	***entfällt***
a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:	
„(1) Entsprechend den Vorgaben dieser Verordnung erlassen die Mitgliedstaaten Vorschriften für Sanktionen und andere Durchsetzungsmaßnahmen, zu denen auch Verwarnungen und nichtmonetäre Maßnahmen gehören können, die bei Verstößen gegen diese Verordnung durch Akteure Anwendung finden, und ergreifen alle Maßnahmen, die für deren ordnungsgemäße und wirksame Durchsetzung notwendig sind, wobei die von der Kommission gemäß Artikel 96 erteilten Leitlinien zu berücksichtigen sind. Die vorgesehenen Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten berücksichtigen bei der Verhängung von Sanktionen die Interessen von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, sowie deren wirtschaftliches Überleben.“	
b) Absatz 6 erhält folgende Fassung:	
„(6) Im Falle von kleinen Midcaps und	

KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, gilt für jede in diesem Artikel genannte Geldbuße der jeweils niedrigere Betrag aus den in den Absätzen 3, 4 und 5 genannten Prozentsätzen oder Summen.“

Or. en

Änderungsantrag 369
Regina Doherty

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 29 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 99 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(1) Entsprechend den Vorgaben dieser Verordnung erlassen die Mitgliedstaaten Vorschriften für Sanktionen und andere Durchsetzungsmaßnahmen, zu denen auch Verwarnungen und nichtmonetäre Maßnahmen gehören können, die bei Verstößen gegen diese Verordnung durch Akteure Anwendung finden, und ergreifen alle Maßnahmen, die für deren ordnungsgemäße und wirksame Durchsetzung notwendig sind, wobei die von der Kommission gemäß Artikel 96 erteilten Leitlinien zu berücksichtigen sind. Die vorgesehenen Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten berücksichtigen bei der Verhängung von Sanktionen die Interessen von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, sowie deren wirtschaftliches Überleben.“	„(1) Entsprechend den Vorgaben dieser Verordnung erlassen die Mitgliedstaaten Vorschriften für Sanktionen und andere Durchsetzungsmaßnahmen, zu denen auch Verwarnungen und nichtmonetäre Maßnahmen gehören können, die bei Verstößen gegen diese Verordnung durch Akteure Anwendung finden, und ergreifen alle Maßnahmen, die für deren ordnungsgemäße und wirksame Durchsetzung notwendig sind, wobei die von der Kommission gemäß Artikel 96 erteilten Leitlinien zu berücksichtigen sind ***und sich keine ungerechtfertigten Marktverzerrungen ergeben sollten***. Die vorgesehenen Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten berücksichtigen bei der Verhängung von Sanktionen die Interessen von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, sowie deren wirtschaftliches Überleben.“

Or. en

Änderungsantrag 370
Kateřina Konečná

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 29 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 99 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(1) Entsprechend den Vorgaben dieser Verordnung erlassen die Mitgliedstaaten Vorschriften für Sanktionen und andere Durchsetzungsmaßnahmen, zu denen auch Verwarnungen und nichtmonetäre Maßnahmen gehören können, die bei Verstößen gegen diese Verordnung durch Akteure Anwendung finden, und ergreifen alle Maßnahmen, die für deren ordnungsgemäße und wirksame Durchsetzung notwendig sind, wobei die von der Kommission gemäß Artikel 96 erteilten Leitlinien zu berücksichtigen sind. Die vorgesehenen Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten berücksichtigen bei der Verhängung von Sanktionen die Interessen von ***kleinen Midcaps und*** KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, sowie deren wirtschaftliches Überleben.“	„(1) Entsprechend den Vorgaben dieser Verordnung erlassen die Mitgliedstaaten Vorschriften für Sanktionen und andere Durchsetzungsmaßnahmen, zu denen auch Verwarnungen und nichtmonetäre Maßnahmen gehören können, die bei Verstößen gegen diese Verordnung durch Akteure Anwendung finden, und ergreifen alle Maßnahmen, die für deren ordnungsgemäße und wirksame Durchsetzung notwendig sind, wobei die von der Kommission gemäß Artikel 96 erteilten Leitlinien zu berücksichtigen sind. Die vorgesehenen Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten berücksichtigen bei der Verhängung von Sanktionen die Interessen von KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, sowie deren wirtschaftliches Überleben.“

Or. en

Änderungsantrag 371
Markéta Gregorová, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3	„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3

Buchstabe a gilt diese Verordnung für Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme – , die vor dem Beginn der Anwendung des Kapitels III und der Geltung der entsprechenden in Artikel 113 genannten Pflichten in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn diese Systeme danach in ihrer Konzeption erheblich verändert wurden. In jedem Fall ***treffen die Anbieter und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die bestimmungsgemäß von Behörden verwendet*** werden ***sollen, die erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der in*** dieser Verordnung ***festgelegten Anforderungen und Pflichten bis zum 2. August 2030***.“	Buchstabe a gilt diese Verordnung für ***Anbieter und*** Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme –, die vor dem Beginn der Anwendung des Kapitels III und der Geltung der entsprechenden in Artikel 113 genannten Pflichten in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn diese Systeme danach in ihrer Konzeption erheblich verändert wurden. In jedem Fall werden ***sie spätestens zum 31. Dezember 2030 mit*** dieser Verordnung ***in Einklang gebracht***.“

Or. en

Änderungsantrag 372
Axel Voss

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 29 – Buchstabe a a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 99 – Absatz 4 - Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	aa) In Absatz 4 wird folgender Buchstabe da eingefügt:
	„da) Pflichten der Anbieter und Dritten, darunter Anbieter von KI mit allgemeinem Verwendungszweck, gemäß Artikel 25 Absätze 2, 3 und 4;“

Or. en

Begründung

This last-minute flaw in the technical trilogues creates an enforcement gap in the value-chain

rules: cooperation and information-sharing duties under Article 25 risk becoming largely "paper obligations" if they are not backed by an effective sanctioning hook. In practice, downstream providers - often EU SMEs and Start-Ups - depend on timely, accurate technical information and reasonable assistance from upstream actors to meet their own high-risk compliance duties, especially after rebranding or substantial modification. Re-including Article 25(2) - (4) in Article 99(4) ensures that failures to provide substantive cooperation (not only the failure to sign an agreement) can be addressed consistently by competent authorities and the AI Office. This supports a workable allocation of responsibilities along the AI value chain, strengthens enforceability of Article 25, and improves legal certainty for European firms integrating GPAI into regulated AI products and services.

Änderungsantrag 373
Kateřina Konečná

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 29 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 99 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Absatz 6 erhält folgende Fassung:	***entfällt***
„(6) Im Falle von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, gilt für jede in diesem Artikel genannte Geldbuße der jeweils niedrigere Betrag aus den in den Absätzen 3, 4 und 5 genannten Prozentsätzen oder Summen."	

Or. en

Änderungsantrag 374
Markéta Gregorová, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 29 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 99 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Absatz 6 erhält folgende Fassung:	***entfällt***

„(6) Im Falle von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, gilt für jede in diesem Artikel genannte Geldbuße der jeweils niedrigere Betrag aus den in den Absätzen 3, 4 und 5 genannten Prozentsätzen oder Summen.“

Or. en

Änderungsantrag 375
Michael McNamara, Sandro Gozi, Irena Joveva, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Lucia Yar, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 29 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 99 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(6) Im Falle von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, gilt für jede in diesem Artikel genannte Geldbuße der jeweils niedrigere Betrag aus den in den Absätzen 3, 4 und 5 genannten Prozentsätzen oder Summen.“	„(6) Im Falle von kleinen Midcaps und KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, gilt für jede in diesem Artikel genannte Geldbuße der jeweils niedrigere Betrag aus den in den Absätzen 3, 4 und 5 genannten Prozentsätzen oder Summen ***für KMU und der jeweils höhere für kleine Midcaps***.“

Or. en

Änderungsantrag 376
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30
Verordnung (EU)2024/1689
Artikel 111

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
30. Artikel 111 wird wie folgt geändert:	***entfällt***

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a gilt diese Verordnung für Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme –, die vor dem Beginn der Anwendung des Kapitels III und der Geltung der entsprechenden in Artikel 113 genannten Pflichten in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn diese Systeme danach in ihrer Konzeption erheblich verändert wurden. In jedem Fall treffen die Anbieter und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die bestimmungsgemäß von Behörden verwendet werden sollen, die erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten bis zum 2. August 2030.“

b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“

Or. en

Änderungsantrag 377
Kateřina Konečná

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
30. Artikel 111 wird wie folgt geändert:	***entfällt***
a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:	
„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a gilt diese Verordnung für Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme –, die vor dem Beginn der Anwendung des Kapitels III und der Geltung der entsprechenden in Artikel 113 genannten Pflichten in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn diese Systeme danach in ihrer Konzeption erheblich verändert wurden. In jedem Fall treffen die Anbieter und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die bestimmungsgemäß von Behörden verwendet werden sollen, die erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten bis zum 2. August 2030.“	
b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:	
„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“	

Or. en

Änderungsantrag 378
Michael McNamara, Sandro Gozi, Irena Joveva, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Lucia Yar, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Fabienne Keller, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a gilt diese Verordnung für Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme –, die vor dem Beginn der Anwendung des Kapitels III und der Geltung der entsprechenden in Artikel 113 genannten Pflichten in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn diese Systeme danach in ihrer Konzeption erheblich verändert wurden. In jedem Fall treffen die Anbieter und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die bestimmungsgemäß von Behörden verwendet werden sollen, die erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten bis zum 2. August 2030.“	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 379
Stefano Cavedagna

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a gilt diese Verordnung für Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme –	„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a gilt diese Verordnung für Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme –

, die vor dem Beginn der Anwendung des Kapitels III und der Geltung der entsprechenden in Artikel 113 genannten Pflichten in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn diese Systeme danach in ihrer Konzeption erheblich verändert wurden. ***In jedem Fall treffen die Anbieter und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die bestimmungsgemäß von Behörden verwendet werden sollen, die erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten bis zum 2. August 2030.“***

, die vor dem Beginn der Anwendung des Kapitels III und der Geltung der entsprechenden in Artikel 113 genannten Pflichten in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn diese Systeme danach in ihrer Konzeption erheblich verändert wurden.“

Or. en

Begründung

Der Zeitrahmen für die Einhaltung der Vorschriften durch Behörden bis August 2030 ist deutlich länger als die für Kleinstunternehmen und KMU geltenden Fristen, obwohl erstere über deutlich mehr Ressourcen verfügen. Diese Diskrepanz scheint nur schwer zu rechtfertigen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass der Einsatz von KI durch Behörden häufig mit höheren Risiken verbunden ist, als wenn Unternehmen sie anwenden.

Änderungsantrag 380
Leila Chaibi, Pernando Barrena Arza
im Namen der Fraktion The Left

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a gilt diese Verordnung für Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme –, die vor dem ***Beginn der Anwendung des Kapitels III und der Geltung der entsprechenden in Artikel 113 genannten Pflichten*** in Verkehr gebracht oder in	„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a gilt diese Verordnung für ***Anbieter und*** Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme –, die vor dem ***2. August 2026*** in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn diese Systeme danach in ihrer

Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn diese Systeme danach in ihrer Konzeption erheblich verändert wurden. In jedem Fall ***treffen die Anbieter und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die bestimmungsgemäß von Behörden verwendet*** werden ***sollen, die erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der in*** dieser Verordnung ***festgelegten Anforderungen und Pflichten bis zum 2. August 2030***."

Konzeption erheblich verändert wurden. In jedem Fall werden ***sie spätestens zum 31. Dezember 2030 mit*** dieser Verordnung ***in Einklang gebracht***."

Or. en

Änderungsantrag 381
Brando Benifei, Kristian Vigenin, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Francisco Assis, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Hannes Heide

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a gilt diese Verordnung für Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme – , die vor dem ***Beginn der Anwendung des Kapitels III und der Geltung der entsprechenden in Artikel 113 genannten Pflichten*** in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn diese Systeme danach in ihrer Konzeption erheblich verändert wurden. In jedem Fall treffen die Anbieter und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die bestimmungsgemäß von Behörden verwendet werden sollen, die erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten bis zum	„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a gilt diese Verordnung für Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme – , die vor dem ***2. August 2026*** in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn diese Systeme danach in ihrer Konzeption erheblich verändert wurden. In jedem Fall treffen die Anbieter und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die bestimmungsgemäß von Behörden verwendet werden sollen, die erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten bis zum 2. August ***2028***."

2. August ***2030***.“

Or. en

Änderungsantrag 382
Axel Voss, Arba Kokalari

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a gilt diese Verordnung für Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme – , die vor dem Beginn der Anwendung des Kapitels III und der Geltung der entsprechenden in Artikel 113 genannten Pflichten in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn ***diese Systeme*** danach ***in*** ihrer Konzeption ***erheblich verändert wurden***. In jedem Fall treffen die Anbieter und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die bestimmungsgemäß von Behörden verwendet werden sollen, die erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten bis zum 2. August 2030.“	„(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 5 gemäß Artikel 113 Absatz 3 Buchstabe a gilt diese Verordnung für Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen – mit Ausnahme der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Systeme – , die vor dem Beginn der Anwendung des Kapitels III und der Geltung der entsprechenden in Artikel 113 genannten Pflichten in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen wurden, nur dann, wenn ***bei diesen Systemen*** danach ***eine wesentliche Veränderung an*** ihrer Konzeption ***vorgenommen wurde***. In jedem Fall treffen die Anbieter und Betreiber von Hochrisiko-KI-Systemen, die bestimmungsgemäß von Behörden verwendet werden sollen, die erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der in dieser Verordnung festgelegten Anforderungen und Pflichten bis zum 2. August 2030.“

Or. en

Begründung

Angleichung des Absatzes an den Standardbegriff aus dem „Blue Guide“ 2022 des neuen Rechtsrahmens (NLF), der auch in den übrigen Teilen der EU-Verordnung über künstliche Intelligenz verwendet wird.

Änderungsantrag 383
Sabine Verheyen, Bogdan Andrzej Zdrojewski

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:	***entfällt***
„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“	

Or. en

Begründung

Die Streichung wird damit begründet, dass diese Änderung der Kreativwirtschaft und dem Kulturerbe schaden würde und zu rechtlicher Inkohärenz innerhalb von Artikel 50 führen könnte. Darüber hinaus könnte sie die europäische Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen, da sie nur Anbietern von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, zugutekäme, mit denen synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugt werden und die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden, bei denen es sich wiederum überwiegend um nichteuropäische Anbieter handelt.

Änderungsantrag 384
Leila Chaibi, Pernando Barrena Arza
im Namen der Fraktion The Left

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:	***entfällt***
„(4) Anbieter von KI-Systemen,	

einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“

Or. en

Änderungsantrag 385
Michael McNamara, Sandro Gozi, Irena Joveva, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Lucia Yar, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Fabienne Keller, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:	***entfällt***
„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“	

Or. en

Änderungsantrag 386
Stefano Cavedagna

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:	***entfällt***
„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“	

Or. en

Begründung

The Omnibus amendment to Article 111 of the AI Act grants providers a transitional period until February 2, 2027 for content marking obligations, but the Code of Practice defining technical compliance will only be finalized near that date. More critically, deployers subject to Article 50, paragraph 4 obligations receive no transitional period despite depending entirely on providers' technical solutions and Code of Practice specifications to fulfil their transparency obligations toward end users. This asymmetry creates significant legal uncertainty and exposes deployers to liability without adequate means of compliance. This amendment, together with the following amendment to article 113, aims to improve legal certainty by setting a uniform date for both providers and deployers.

Änderungsantrag 387
Brando Benifei, Kristian Vigenin, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Francisco Assis, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Hannes Heide

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:	***entfällt***
„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die vor dem	

2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“

Or. en

Änderungsantrag 388
Piotr Müller, Assita Kanko

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:	***entfällt***
„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“	

Or. en

Begründung

Dieser Teil wird hinfällig, da er in Artikel 113 (Nummer 31 Buchstabe a) verschoben wird.

Änderungsantrag 389
Michael McNamara, Sandro Gozi, Irena Joveva, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Lucia Yar, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Laurence Farreng

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:	***entfällt***
„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“	

Or. en

Änderungsantrag 390
Regina Doherty

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(4) Anbieter von KI-Systemen***, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden,*** treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar ***2027*** nachzukommen.“	„(4) Anbieter von KI-Systemen treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar ***2028*** nachzukommen.“

Or. en

Änderungsantrag 391
Christian Doleschal

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe b

Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, ***die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden,*** treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“	„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“

Or. en

Änderungsantrag 392
Svenja Hahn, Nikola Minchev, Cynthia Ní Mhurchú, Moritz Körner, Sophie Wilmès, Jan-Christoph Oetjen, Ana Vasconcelos, Hilde Vautmans

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, ***die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht wurden,*** treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 ***Absatz*** 2 bis zum 2. ***Februar*** 2027 nachzukommen.“	„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 ***Absätze*** 2 ***und 4*** bis zum 2. ***August*** 2027 nachzukommen.“

Or. en

Begründung

Anpassung an die realen Umstände. Die Kommission beabsichtigt, den Praxisleitfaden unter Umständen im Juni 2026 fertigzustellen, was eine sofortige Anwendung auf alle ab August 2026 in Verkehr gebrachten Systeme praktisch unmöglich machen würde.

Änderungsantrag 393
Zala Tomašič, Jan Farský, Alexandr Vondra, Ondřej Krutílek

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, ***Video-*** oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August ***2026*** in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“	„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August ***2027*** in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“

Or. en

Begründung

Die Verpflichtung, für eine maschinenlesbare Kennzeichnung zu sorgen, ist für synthetische Audio-, Bild- und Videoinhalte angemessen, nicht jedoch für Text. Text wird kontinuierlich bearbeitet, neu formatiert und kontextübergreifend wiederverwendet, was eine zuverlässige maschinenlesbare Kennzeichnung technisch unmöglich und unverhältnismäßig macht und gleichzeitig begrenzten Mehrwert hinsichtlich Transparenz bietet.

Änderungsantrag 394
Virginie Joron, Ernő Schaller-Baross, Pál Szekeres, Elisabeth Dieringer, Matthieu Valet, Alexandre Varaut, Pascale Piera

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht	„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die vor dem 2. August 2026 in Verkehr gebracht

wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. ***Februar*** 2027 nachzukommen.“	wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. ***August*** 2027 nachzukommen.“

Or. en

Änderungsantrag 395
Tomáš Zdechovský

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 30 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 111 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die ***vor dem 2. August 2026*** in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“	„(4) Anbieter von KI-Systemen, einschließlich KI-Systemen mit allgemeinem Verwendungszweck, die synthetische Audio-, Bild-, Video- oder Textinhalte erzeugen, die in Verkehr gebracht wurden, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Artikel 50 Absatz 2 bis zum 2. Februar 2027 nachzukommen.“

Or. en

Begründung

Vermeidung eines Zwei-Stufen-Modells zur Vereinfachung.

Änderungsantrag 396
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
31. Artikel 113 wird wie folgt geändert:	***entfällt***

a) In Absatz 3 wird folgender Buchstabe d angefügt:

„d) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten nach Annahme eines Beschlusses der Kommission, in dem bestätigt wird, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des Kapitels III bestehen, ab den folgenden Zeitpunkten:

i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.

Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab dem

i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“

b) In Absatz 3 wird folgender Buchstabe e angefügt:

„e) Artikel 102 bis 110 gelten ab dem [Datum des Geltungsbeginns dieser Verordnung].“

Or. en

Änderungsantrag 397
Kateřina Konečná

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
31. Artikel 113 wird wie folgt geändert:	***entfällt***
a) In Absatz 3 wird folgender Buchstabe d angefügt:	
„d) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten nach Annahme eines Beschlusses der Kommission, in dem bestätigt wird, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des Kapitels III bestehen, ab den folgenden Zeitpunkten:	
i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.	
Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab dem	
i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“	
b) In Absatz 3 wird folgender Buchstabe e angefügt:	
„e) Artikel 102 bis 110 gelten ab dem [Datum des Geltungsbeginns dieser	

Verordnung].“

Or. en

Änderungsantrag 398
Fabienne Keller

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
31. Artikel 113 wird wie folgt geändert:	***entfällt***
a) In Absatz 3 wird folgender Buchstabe d angefügt:	
„d) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten nach Annahme eines Beschlusses der Kommission, in dem bestätigt wird, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des Kapitels III bestehen, ab den folgenden Zeitpunkten:	
i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.	
Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab dem	
i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	

ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“

b) In Absatz 3 wird folgender Buchstabe e angefügt:

„e) Artikel 102 bis 110 gelten ab dem [Datum des Geltungsbeginns dieser Verordnung].“

Or. en

Änderungsantrag 399
Sabine Verheyen, Bogdan Andrzej Zdrojewski

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„d) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten nach Annahme eines Beschlusses der Kommission, in dem bestätigt wird, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des Kapitels III bestehen, ab den folgenden Zeitpunkten:	***„d) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten ab dem 2. August 2028 für alle Hochrisiko-KI-Systeme gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I sowie Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III. Die Kommission erlässt unverzüglich alle übrigen sekundärrechtlichen Vorschriften und Leitlinien.“***
i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.	
Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab dem	

i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“

Or. en

Änderungsantrag 400
Fabienne Keller

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	aa) In Artikel 113 Absatz 3 wird der folgende Buchstabe ca angefügt:
	„ca) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten i) ab dem 2. Februar 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind,“

Or. en

Änderungsantrag 401
Mary Khan

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten nach Annahme eines Beschlusses der Kommission, in dem bestätigt wird, dass	***entfällt***

geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des Kapitels III bestehen, ab den folgenden Zeitpunkten:

i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.

Or. en

Änderungsantrag 402
Leila Chaibi, Pernando Barrena Arza
im Namen der Fraktion The Left

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„d) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten ***nach Annahme eines Beschlusses der Kommission, in dem bestätigt wird, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des Kapitels III bestehen, ab den folgenden Zeitpunkten***:	„d) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten ab dem:
i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	***i) 1. Dezember 2026 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und***
ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.	
Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab	***ii) 1. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.***

dem

i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“

Ungeachtet dessen gelten die Verpflichtungen aus

i) Artikel 6 Absätze 2 bis 8,

ii) Artikel 13 Absätze 2 und 3,

iii) Artikel 26 und

iiii) Artikel 27 ab dem 2. August 2026, soweit die Einhaltung unabhängig von den übrigen Bestimmungen des Kapitels III Abschnitte 1, 2 und 3 möglich ist.“

Or. en

Änderungsantrag 403
Zala Tomašič, Tomáš Zdechovský, Jan Farský, Alexandr Vondra, Ondřej Krutílek

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„d) ***Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten nach Annahme*** eines Beschlusses der Kommission, in dem bestätigt wird, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung ***des Kapitels*** III ***bestehen***, ab ***den folgenden Zeitpunkten:***	***„d) Vorbehaltlich*** eines Beschlusses der Kommission, in dem bestätigt wird, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung ***bestehen, gilt Kapitel*** III ***(Abschnitte 1, 2 und 3)*** ab ***dem 2. August 2028 für KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und für KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.***“
i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	

ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.

Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab dem

i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“

Or. en

Begründung

Umsetzungszeiträume von 6 bis 12 Monaten sind für Anbieter von Hochrisiko-KI unrealistisch. Viele industrielle KI-Systeme sind in operative Technologien und kritische Infrastrukturen eingebettet, und die Einhaltung der Vorschriften (Risikomanagement, Daten-Governance, Dokumentation, QMS, menschliche Aufsicht, Belastbarkeit, Cybersicherheit) stellt eine bedeutende Anstrengung dar. Da die Standards nun erst 2026/27 erwartet werden, benötigen Unternehmen und Behörden mindestens 12 Monate ab der Aufnahme ins Amtsblatt. Feste, nicht an Bedingungen geknüpfte Zeitpunkte sind entscheidend.

Änderungsantrag 404
Axel Voss

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„d) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten ***nach Annahme eines Beschlusses der Kommission, in dem bestätigt wird, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des***	„d) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten ***ab dem***:

Kapitels III bestehen, ab den folgenden Zeitpunkten:

i) ***sechs Monate nach Annahme des Beschlusses*** in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

ii) ***zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses*** in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.

Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab dem

i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“

i) ***2. Dezember 2027*** in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

ii) ***2. August 2028*** in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“

Or. en

Begründung

Vom Rat gewählte Formulierung vom 23. Jänner 2026, um ein hohes Maß an Rechtssicherheit für den KI-Markt der EU zu erreichen.

Änderungsantrag 405
Jaroslav Bžoch, Klara Dostalova

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten ***nach Annahme eines Beschlusses der Kommission, in dem bestätigt wird, dass***	Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten:

geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des Kapitels III bestehen, ab den folgenden Zeitpunkten:

Or. en

Änderungsantrag 406
Svenja Hahn, Nikola Minchev, Cynthia Ní Mhurchú, Moritz Körner, Jan-Christoph Oetjen, Ana Vasconcelos, Hilde Vautmans

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten ***nach Annahme eines Beschlusses der Kommission, in dem bestätigt wird, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des Kapitels III bestehen, ab den folgenden Zeitpunkten***:	Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten:

Or. en

Änderungsantrag 407
Regina Doherty

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 - Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten ***nach Annahme eines Beschlusses der Kommission, in dem bestätigt wird, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des Kapitels III bestehen, ab den folgenden Zeitpunkten:***	Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten ***ab dem 2. August 2028.***

Or. en

Änderungsantrag 408
Michael McNamara, Irena Joveva, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Lucia Yar, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„d) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und ***3*** ***gelten nach Annahme eines Beschlusses der Kommission***, ***in dem bestätigt wird, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des Kapitels III bestehen***, ***ab den folgenden Zeitpunkten***:	„d) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und ***3***, ***mit Ausnahme von Artikel 6 Absatz 5***, ***gelten***:
i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.	
Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab dem	
i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“	

Or. en

Änderungsantrag 409
Markéta Gregorová, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten ***nach Annahme eines Beschlusses der Kommission, in dem bestätigt wird, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des Kapitels III bestehen, ab den folgenden Zeitpunkten***:	Kapitel III***,*** Abschnitte 1, 2 und 3 gelten ***ab dem***:
i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	***i) 2. Juli 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und***
ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.	***ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“***
Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab dem	
i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“	

Or. en

Änderungsantrag 410
Brando Benifei, Kristian Vigenin, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Francisco Assis, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo, François

Kalfon, Elisabeth Grossmann, Hannes Heide

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„d) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten ***nach Annahme eines Beschlusses der Kommission**, **in dem bestätigt wird, dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des Kapitels III bestehen, ab den folgenden Zeitpunkten:***	„d) Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 gelten ***ab dem 2. August 2027 für KI-Systeme**, **die gemäß Artikel 6 Absätze 1 und 2 und den Anhängen I und III als hochriskant eingestuft sind.***“
i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.	
Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab dem	
i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“	

Or. en

Änderungsantrag 411
Piotr Müller, Assita Kanko

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ***gelten nach Annahme eines Beschlusses der Kommission***, ***in dem bestätigt wird***, ***dass geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Einhaltung des Kapitels III bestehen,*** ab ***den folgenden Zeitpunkten:***	Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3***, mit Ausnahme von Artikel 6 Absatz 5, Kapitel IV***, ***mit Ausnahme von Artikel 50 Absätze 1***, ***3 und 4, und Kapitel V gelten*** ab ***dem 2. August 2028.***
i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.	
Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab dem	
i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“	

Or. en

Begründung

Um die Bestimmungen über den Geltungsbeginn zu vereinfachen, wird anstelle des von der Kommission vorgeschlagenen komplizierten und an Bedingungen geknüpften Mechanismus ein harmonisierter Zeitpunkt im Jahr 2028 eingeführt.

Änderungsantrag 412
Svenja Hahn, Nikola Minchev, Cynthia Ní Mhurchú, Moritz Körner, Jan-Christoph Oetjen, Ana Vasconcelos, Hilde Vautmans

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Buchstabe i

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 413
Christian Doleschal

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Buchstabe i

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 414
Jaroslav Bžoch, Klara Dostalova

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Buchstabe i

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
i) sechs Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 415
Virginie Joron, Ernő Schaller-Baross, Pál Szekeres, Elisabeth Dieringer, Matthieu Valet, Alexandre Varaut, Pascale Piera

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Buchstabe i

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
i) ***sechs*** Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	i) ***zwölf*** Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

Or. en

Änderungsantrag 416
Jaroslav Bžoch, Klara Dostalova

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Buchstabe ii

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 417
Christian Doleschal

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Buchstabe ii

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 418
Svenja Hahn, Nikola Minchev, Cynthia Ní Mhurchú, Moritz Körner, Sophie Wilmès, Jan-Christoph Oetjen, Ana Vasconcelos, Hilde Vautmans

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Buchstabe ii

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
ii) zwölf Monate nach Annahme des Beschlusses in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 419
Tomáš Zdechovský

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	Liegen innerhalb der in Artikel 113 genannten Fristen keine harmonisierten Normen oder gemeinsamen Spezifikationen vor, so ist es Anbietern von Hochrisiko-KI-Systemen gestattet, die Konformität über von der Kommission gebilligte standardisierte Muster- und Dokumentationspakete nachzuweisen.

Or. en

Begründung

Mit diesem Änderungsantrag wird sichergestellt, dass Verzögerungen bei der Regulierung den Marktzugang nicht blockieren, während zugleich die Rechenschaftspflicht und die Überprüfbarkeit gewahrt bleiben.

Änderungsantrag 420
Virginie Joron, Ernő Schaller-Baross, Pál Szekeres, Elisabeth Dieringer, Matthieu Valet, Alexandre Varaut, Pascale Piera

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a a (neu)
Verordnung 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	aa) In Absatz 3 wird folgender Buchstabe da eingefügt:
	da) Die unter Buchstabe d genannten Beschlüsse werden spätestens am 2. August 2027 erlassen.

Or. en

Änderungsantrag 421
Virginie Joron, Ernő Schaller-Baross, Pál Szekeres, Elisabeth Dieringer, Matthieu Valet, Alexandre Varaut, Pascale Piera

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a

Verordnung 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab dem	***entfällt***
i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“	

Or. en

Änderungsantrag 422
Jaroslav Bžoch, Virginie Joron, Klara Dostalova

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab dem	***entfällt***
i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft	

sind.“

Or. en

Änderungsantrag 423
Christian Doleschal

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Wird kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor der Annahme dieses Beschlusses, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ab dem	***entfällt***
i) 2. Dezember 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	
ii) 2. August 2028 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“	

Or. en

Änderungsantrag 424
Mary Khan

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
Wird ***kein Beschluss im Sinne des Unterabsatzes 1 angenommen oder liegen die nachstehend festgelegten Daten vor***	***Die Anwendung spezifischer Verpflichtungen in Bezug auf Hochrisiko-KI-Systeme wird in klaren***

der Annahme ***dieses Beschlusses***, so gelten Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ***ab dem***	***und festen Zeitplänen verankert. Wird die Anwendung von Anforderungen in Bezug auf hohes Risiko bis zur*** Annahme ***harmonisierter Normen oder gemeinsamer Spezifikationen verschoben***, so ***sollten dabei Fristen*** gelten ***und der Bereitschaft des Umfelds in den einschlägigen Branchen sollte Rechnung getragen werden. Insbesondere in Bezug auf KI-Systeme, die den Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union unterliegen, sollten die geltenden Zeitpläne der Komplexität der Konformitätsbewertungsverfahren und der Marktbereitschaft Rechnung tragen und*** Kapitel III Abschnitte 1, 2 und 3 ***gelten ab dem:***

Or. en

Änderungsantrag 425
Jaroslav Bžoch, Virginie Joron, Klara Dostalova

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 2 – Buchstabe i

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
i) 2. ***Dezember 2027*** in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	i) 2. ***August 2028*** in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

Or. en

Änderungsantrag 426
Christian Doleschal

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 2 –Buchstabe i

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
i) 2. ***Dezember 2027*** in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	i) 2. ***August 2028*** in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

Or. en

Änderungsantrag 427
Svenja Hahn, Nikola Minchev, Cynthia Ní Mhurchú, Moritz Körner, Sophie Wilmès, Jan-Christoph Oetjen, Ana Vasconcelos, Hilde Vautmans

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 2 –Buchstabe i

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
i) 2. ***Dezember 2027*** in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und	i) 2. ***Juni 2028*** in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als hochriskant eingestuft sind, und

Or. en

Begründung

Anpassung der Zeitpläne an die praktischen Gegebenheiten in der Industrie – für die ordnungsgemäße Umsetzung der Bestimmungen ist mehr Zeit erforderlich.

Änderungsantrag 428
Svenja Hahn, Nikola Minchev, Cynthia Ní Mhurchú, Moritz Körner, Sophie Wilmès, Jan-Christoph Oetjen, Ana Vasconcelos, Hilde Vautmans

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 2 – Buchstabe ii

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
ii) 2. ***August 2028*** in Bezug auf KI-	ii) 2. ***Februar 2029*** in Bezug auf KI-

Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“	Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“

Or. en

Begründung

Anpassung der Zeitpläne an die praktischen Gegebenheiten in der Industrie – für die ordnungsgemäße Umsetzung der Bestimmungen ist mehr Zeit erforderlich.

Änderungsantrag 429
Christian Doleschal

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 2 – Buchstabe ii

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
ii) 2. August ***2028*** in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“	ii) 2. August ***2029*** in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als hochriskant eingestuft sind.“

Or. en

Änderungsantrag 430
Mary Khan

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe a a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe d – Unterabsatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	aa) in Absatz 3 Buchstabe d wird folgender Unterabsatz angefügt:
	2a. Diese Daten für die Anwendung gelten für alle Hochrisiko-KI-Systeme, die in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden, bevor die verlängerten Fristen gelten.

Or. en

Änderungsantrag 431
Christian Doleschal

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
b) In Absatz 3 wird folgender Buchstabe e angefügt:	***entfällt***
„e) Artikel 102 bis 110 gelten ab dem [Datum des Geltungsbeginns dieser Verordnung].“	

Or. en

Änderungsantrag 432
Jaroslav Bžoch, Klara Dostalova

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe b
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
„e) Artikel 102 bis 110 gelten ab dem [Datum des ***Geltungsbeginns*** dieser ***Verordnung]***.“	„e) Artikel 102 bis 110 gelten ab dem [Datum des ***Inkrafttretens*** dieser ***Änderungsverordnung]***.“

Or. en

Änderungsantrag 433
Michael McNamara, Irena Joveva, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Lucia Yar, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Fabienne Keller

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe b a (neu)

Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ba) In Artikel 113 Absatz 3 wird der folgende Buchstabe ea angefügt:
	ea) Die Kommission legt gemäß Artikel 41 gemeinsame Spezifikationen zur Unterstützung der Einhaltung von Kapitel III fest, wenn die in Absatz 1 des genannten Artikels festgelegten Bedingungen zum 1. Januar 2027 in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als Hochrisiko-KI-Systeme eingestuft sind, oder KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als Hochrisiko-KI-Systeme eingestuft sind, erfüllt sind.
	Die genannten gemeinsamen Normen werden in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Anhang III als Hochrisiko-KI-Systeme eingestuft sind, spätestens am 2. Juni 2027 und in Bezug auf KI-Systeme, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 und Anhang I als Hochrisiko-KI-Systeme eingestuft sind, spätestens am 2. August 2027 angenommen.

Or. en

Änderungsantrag 434
Stefano Cavedagna

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 – Buchstabe b a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
Artikel 113 – Absatz 3 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	ba) In Absatz 3 wird folgender Buchstabe ea angefügt:
	ea) Artikel 50 Absätze 2 und 4 gelten ab

dem 2. August 2027.

Or. en

Begründung

The Omnibus amendment to Article 111 of the AI Act grants providers a transitional period until February 2, 2027 for content marking obligations, but the Code of Practice defining technical compliance will only be finalized near that date. More critically, deployers subject to Article 50, paragraph 4 obligations receive no transitional period despite depending entirely on providers' technical solutions and Code of Practice specifications to fulfil their transparency obligations toward end users. This asymmetry creates significant legal uncertainty and exposes deployers to liability without adequate means of compliance. This amendment, together with the previous amendment to article 111, aims to improve legal certainty by setting a uniform date for both providers and deployers.

Änderungsantrag 435
Andreas Schwab

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG I

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	31a. Anhang I wird wie folgt geändert:
	(1) Abschnitt A wird gestrichen;
	(2) In Abschnitt B werden die folgenden Nummern angefügt:
	1. Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Maschinen und zur Änderung der Richtlinie 95/16/EG (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 24)
	2. Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Sicherheit von Spielzeug (ABl. L 170 vom 30.6.2009, S. 1)
	3. Richtlinie 2013/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über Sportboote und Wassermotorräder und zur Aufhebung der Richtlinie 94/25/EG (ABl.

L 354 vom 28.12.2013, S. 90)

4. Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aufzüge und Sicherheitsbauteile für Aufzüge (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 251)

5. Richtlinie 2014/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 309)

6. Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/5/EG (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 62)

7. Richtlinie 2014/68/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Druckgeräten auf dem Markt (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 164)

8. Verordnung (EU) 2016/424 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Seilbahnen und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/9/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 1)

9. Verordnung (EU) 2016/425 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über persönliche Schutzausrüstungen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/686/EWG des Rates (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 51)

10. Verordnung (EU) 2016/426 des Europäischen Parlaments und des Rates

vom 9. März 2016 über Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/142/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 99)

11. Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1)

12. Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176)

13. Verordnung (EU) 2023/1230 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2023 über Maschinen und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 73/361/EWG des Rates.

Or. en

Änderungsantrag 436
Aura Salla

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG I

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	31a. Anhang I wird wie folgt geändert:
	(1) Abschnitt A wird gestrichen;
	(2) In Abschnitt B werden die

folgenden Nummern angefügt:

1. Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Maschinen und zur Änderung der Richtlinie 95/16/EG (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 24)

2. Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Sicherheit von Spielzeug (ABl. L 170 vom 30.6.2009, S. 1)

3. Richtlinie 2013/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über Sportboote und Wassermotorräder und zur Aufhebung der Richtlinie 94/25/EG (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 90)

4. Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aufzüge und Sicherheitsbauteile für Aufzüge (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 251)

5. Richtlinie 2014/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 309)

6. Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/5/EG (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 62)

7. Richtlinie 2014/68/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der

Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Druckgeräten auf dem Markt (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 164)

8. Verordnung (EU) 2016/424 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Seilbahnen und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/9/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 1)

9. Verordnung (EU) 2016/425 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über persönliche Schutzausrüstungen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/686/EWG des Rates (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 51)

10. Verordnung (EU) 2016/426 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/142/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 99)

11. Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1)

12. Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176).

Or. en

Begründung

Mit dieser Änderung wird für Rechtsklarheit gesorgt und unnötigen Überschneidungen zwischen der Verordnung über künstliche Intelligenz und den bestehenden Rechtsvorschriften zur Produktsicherheit vorgebeugt.

Änderungsantrag 437
Axel Voss, Arba Kokalari

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG I

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	31a. Anhang I erhält folgende Fassung:
ANHANG I	***„ANHANG*** I
Liste der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union	Liste der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union
Abschnitt A — Liste der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union auf der Grundlage des neuen Rechtsrahmens1. Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Maschinen und zur Änderung der Richtlinie 95/16/EG (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 24)***2. Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Sicherheit von Spielzeug (ABl. L 170 vom 30.6.2009, S. 1)3. Richtlinie 2013/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über Sportboote und Wassermotorräder und zur Aufhebung der Richtlinie 94/25/EG (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 90)4. Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aufzüge und Sicherheitsbauteile für Aufzüge (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 251)5. Richtlinie 2014/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (ABl. L 96 vom 29.3.2014,***	***1***. Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Maschinen und zur Änderung der Richtlinie 95/16/EG (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 24)

S. 309)6. Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/5/EG (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 62)7. Richtlinie 2014/68/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Druckgeräten auf dem Markt (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 164)8. Verordnung (EU) 2016/424 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Seilbahnen und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/9/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 1)9. Verordnung (EU) 2016/425 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über persönliche Schutzausrüstungen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/686/EWG des Rates (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 51)10. Verordnung (EU) 2016/426 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/142/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 99)11. Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1)12. Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176)Abschnitt B — Liste anderer

Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union13. Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 72).14. Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 52)15. Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Februar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 1)16. Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 96/98/EG des Rates (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 146)17. Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 44).18. Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007 und (EG) Nr. 595/2009 und zur Aufhebung der Richtlinie 2007/46/EG (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1)19. Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von

Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen und von ungeschützten Verkehrsteilnehmern, zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 78/2009, (EG) Nr. 79/2009 und (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EG) Nr. 631/2009, (EU) Nr. 406/2010, (EU) Nr. 672/2010, (EU) Nr. 1003/2010, (EU) Nr. 1005/2010, (EU) Nr. 1008/2010, (EU) Nr. 1009/2010, (EU) Nr. 19/2011, (EU) Nr. 109/2011, (EU) Nr. 458/2011, (EU) Nr. 65/2012, (EU) Nr. 130/2012, (EU) Nr. 347/2012, (EU) Nr. 351/2012, (EU) Nr. 1230/2012 und (EU) 2015/166 der Kommission (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 1)20. Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2111/2005, (EG) Nr. 1008/2008, (EU) Nr. 996/2010, (EU) Nr. 376/2014 und der Richtlinien 2014/30/EU und 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 552/2004 und (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates (ABl. L 212 vom 22.8.2018, S. 1), insoweit die Konstruktion, Herstellung und Vermarktung von Luftfahrzeugen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und b in Bezug auf unbemannte Luftfahrzeuge sowie deren Motoren, Propeller, Teile und Ausrüstung zur Fernsteuerung betroffen sind

2. Richtlinie 2009/48/EG des

Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Sicherheit von Spielzeug (ABl. L 170 vom 30.6.2009, S. 1)

3. Richtlinie 2013/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über Sportboote und Wassermotorräder und zur Aufhebung der Richtlinie 94/25/EG (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 90)

4. Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aufzüge und Sicherheitsbauteile für Aufzüge (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 251)

5. Richtlinie 2014/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 309)

6. Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/5/EG (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 62)

7. Richtlinie 2014/68/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Druckgeräten auf dem Markt (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 164)

8. Verordnung (EU) 2016/424 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Seilbahnen und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/9/EG

(ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 1)

9. Verordnung (EU) 2016/425 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über persönliche Schutzausrüstungen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/686/EWG des Rates (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 51)

10. Verordnung (EU) 2016/426 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/142/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 99)

11. Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1)

12. Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176)

13. Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 72)

14. Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 52)

15. Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Februar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 1)

16. Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 96/98/EG des Rates (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 146)

17. Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 44)

18. Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007 und (EG) Nr. 595/2009 und zur Aufhebung der Richtlinie 2007/46/EG (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1)

19. Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen und von ungeschützten Verkehrsteilnehmern, zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 78/2009, (EG) Nr. 79/2009 und

(EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EG) Nr. 631/2009, (EU) Nr. 406/2010, (EU) Nr. 672/2010, (EU) Nr. 1003/2010, (EU) Nr. 1005/2010, (EU) Nr. 1008/2010, (EU) Nr. 1009/2010, (EU) Nr. 19/2011, (EU) Nr. 109/2011, (EU) Nr. 458/2011, (EU) Nr. 65/2012, (EU) Nr. 130/2012, (EU) Nr. 347/2012, (EU) Nr. 351/2012, (EU) Nr. 1230/2012 und (EU) 2015/166 der Kommission (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 1)

20. Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2111/2005, (EG) Nr. 1008/2008, (EU) Nr. 996/2010, (EU) Nr. 376/2014 und der Richtlinien 2014/30/EU und 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 552/2004 und (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates (ABl. L 212 vom 22.8.2018, S. 1), insoweit die Konstruktion, Herstellung und Vermarktung von Luftfahrzeugen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und b der genannten Verordnung in Bezug auf unbemannte Luftfahrzeuge sowie deren Motoren, Propeller, Teile und Ausrüstung zur Fernsteuerung betroffen sind.“

Or. en

Begründung

Following the Commission’s own “Health Omnibus” logic (COM(2025) 1023 final), it is consistent for the AI Omnibus to move not only MDR/IVDR but all Annex I, Section A acts to Section B and to reflect this streamlining in Article 2(2). This avoids duplicate and potentially

conflicting horizontal AI obligations on top of mature sectoral regimes, reducing compliance fragmentation and forum-shopping risks for the same product or service. Sector-specific legislation is better placed to calibrate AI requirements to safety and supervision realities, using existing competent authorities and established conformity-assessment pathways. A targeted "sector-first" approach still preserves AI Act safeguards where needed, but boosts EU AI uptake by making compliance clearer, proportionate and implementable for EU SMEs and Start-Ups.

Änderungsantrag 438
Henrik Dahl

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG I

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
ANNEX I	***31a. Anhang I erhält folgende Fassung:***
	„ANHANG I
Liste der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union	Abschnitt ***B*** — Liste der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union
Abschnitt ***A*** — Liste der Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union ***auf der Grundlage des neuen Rechtsrahmens***	1. Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Maschinen und zur Änderung der Richtlinie 95/16/EG (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 24)
1. Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Maschinen und zur Änderung der Richtlinie 95/16/EG (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 24)	2. Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Sicherheit von Spielzeug (ABl. L 170 vom 30.6.2009, S. 1)
2. Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Sicherheit von Spielzeug (ABl. L 170 vom 30.6.2009, S. 1)	3. Richtlinie 2013/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über Sportboote und Wassermotorräder und zur Aufhebung der Richtlinie 94/25/EG (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 90)
3. Richtlinie 2013/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über Sportboote und Wassermotorräder und zur Aufhebung der	4. Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten

Richtlinie 94/25/EG (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 90)

über Aufzüge und Sicherheitsbauteile für Aufzüge (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 251)

4. Richtlinie 2014/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aufzüge und Sicherheitsbauteile für Aufzüge (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 251)

5. Richtlinie 2014/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 309)

5. Richtlinie 2014/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Geräte und Schutzsysteme zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 309)

6. Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/5/EG (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 62)

6. Richtlinie 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/5/EG (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 62)

7. Richtlinie 2014/68/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Druckgeräten auf dem Markt (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 164)

7. Richtlinie 2014/68/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Druckgeräten auf dem Markt (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 164)

8. Verordnung (EU) 2016/424 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Seilbahnen und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/9/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 1)

8. Verordnung (EU) 2016/424 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Seilbahnen und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/9/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 1)

9. Verordnung (EU) 2016/425 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über persönliche Schutzausrüstungen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/686/EWG des Rates (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 51)

9. Verordnung (EU) 2016/425 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über persönliche Schutzausrüstungen und zur Aufhebung der Richtlinie 89/686/EWG des Rates (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 51)

10. Verordnung (EU) 2016/426 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/142/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 99)

10. Verordnung (EU) 2016/426 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/142/EG (ABl. L 81 vom 31.3.2016, S. 99)	11. Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1)
11. Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1)	12. Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176)
12. Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176)	13. Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 72)
Abschnitt B — Liste anderer Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union	14. Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 52)
13. Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 (ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 72).	15. Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Februar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 1)
14. Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 52)	16. Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 96/98/EG des Rates (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 146)

15. Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Februar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 1)

16. Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 96/98/EG des Rates (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 146)

17. Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 44).

18. Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates

17. Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union (ABl. L 138 vom 26.5.2016, S. 44)

18. Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007 und (EG) Nr. 595/2009 und zur Aufhebung der Richtlinie 2007/46/EG (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1)

19. Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen und von ungeschützten Verkehrsteilnehmern, zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 78/2009, (EG) Nr. 79/2009 und (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EG) Nr. 631/2009, (EU) Nr. 406/2010, (EU) Nr. 672/2010, (EU) Nr. 1003/2010, (EU) Nr. 1005/2010, (EU) Nr. 1008/2010, (EU) Nr. 1009/2010, (EU) Nr. 19/2011, (EU) Nr. 109/2011, (EU) Nr. 458/2011, (EU) Nr. 65/2012, (EU) Nr. 130/2012, (EU) Nr. 347/2012, (EU) Nr. 351/2012, (EU) Nr. 1230/2012 und (EU) 2015/166 der Kommission (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 1)

20. Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates

vom 30. Mai 2018 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007 und (EG) Nr. 595/2009 und zur Aufhebung der Richtlinie 2007/46/EG (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1)

19. Verordnung (EU) 2019/2144 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen und von ungeschützten Verkehrsteilnehmern, zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 78/2009, (EG) Nr. 79/2009 und (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EG) Nr. 631/2009, (EU) Nr. 406/2010, (EU) Nr. 672/2010, (EU) Nr. 1003/2010, (EU) Nr. 1005/2010, (EU) Nr. 1008/2010, (EU) Nr. 1009/2010, (EU) Nr. 19/2011, (EU) Nr. 109/2011, (EU) Nr. 458/2011, (EU) Nr. 65/2012, (EU) Nr. 130/2012, (EU) Nr. 347/2012, (EU) Nr. 351/2012, (EU) Nr. 1230/2012 und (EU) 2015/166 der

vom 4. Juli 2018 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2111/2005, (EG) Nr. 1008/2008, (EU) Nr. 996/2010, (EU) Nr. 376/2014 und der Richtlinien 2014/30/EU und 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 552/2004 und (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates (ABl. L 212 vom 22.8.2018, S. 1), insoweit die Konstruktion, Herstellung und Vermarktung von Luftfahrzeugen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und b der genannten Verordnung in Bezug auf unbemannte Luftfahrzeuge sowie deren Motoren, Propeller, Teile und Ausrüstung zur Fernsteuerung betroffen sind.“

“

Kommission (ABl. L 325 vom 16.12.2019, S. 1)

20. Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2111/2005, (EG) Nr. 1008/2008, (EU) Nr. 996/2010, (EU) Nr. 376/2014 und der Richtlinien 2014/30/EU und 2014/53/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 552/2004 und (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Rates (ABl. L 212 vom 22.8.2018, S. 1), insoweit die Konstruktion, Herstellung und Vermarktung von Luftfahrzeugen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a und b in Bezug auf unbemannte Luftfahrzeuge sowie deren Motoren, Propeller, Teile und Ausrüstung zur Fernsteuerung betroffen sind ***Anhang***

Or. en

(Verordnung (EU) 2024/1689)

Begründung

Die Produktsicherheit ist bereits im Rahmen der technologieneutralen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union in Anhang I geregelt. Die Einbeziehung der KI an sich macht Produkte nicht unsicher. Eine parallele Anwendung der Verordnung über künstliche Intelligenz und des Abschnitts A würde zu Überschneidung und vermeidbaren Kosten führen. Der Abschnitt A sollte daher mit Abschnitt B zusammengeführt werden. Die Kommission hat dies in Bezug auf Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika bereits vorgeschlagen. Auf die übrigen Rechtsakte sollte die gleiche Logik angewandt werden.

Änderungsantrag 439
Piotr Müller, Assita Kanko

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 a (neu)

Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG I – Abschnitt A

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	31a. Anhang I Abschnitt A Nummer 1 wird gestrichen.

Or. en

(Verordnung 2024/1689)

Begründung

Die Verordnung über Maschinen deckt das Thema KI bereits ausreichend ab. Mehrere sich überschneidende Prozesse mit geringem Nutzen hinsichtlich der Sicherheit sind nicht notwendig.

Änderungsantrag 440
Tomáš Zdechovský

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG I – Abschnitt A – Buchstabe 1

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	31a. Anhang I Abschnitt A Nummer 1 wird gestrichen.

Or. en

Begründung

Die Richtlinie 2006/42/EG wurde durch die Verordnung (EU) 2023/1230 aufgehoben. So besteht keine Überschneidung. Im Einklang mit diesem Änderungsantrag sollte auch Erwägungsgrund 46 aktualisiert werden.

Änderungsantrag 441
Tomáš Zdechovský

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 31 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG I – Abschnitt B – Buchstabe 1 (neu)

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	31a. In Anhang I Abschnitt B wird folgende Nummer angefügt:
	1a. Verordnung (EU) 2023/1230 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2023 über Maschinen und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 73/361/EWG des Rates

Or. en

Änderungsantrag 442
Markéta Gregorová, Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 32
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG VIII – Abschnitt B

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
32. Anhang VIII Abschnitt B wird gestrichen.	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 443
Brando Benifei, Kristian Vigenin, Christel Schaldemose, Pierre Jouvet, Marc Angel, Francisco Assis, Alex Agius Saliba, José Cepeda, Elena Sancho Murillo, François Kalfon, Elisabeth Grossmann, Hannes Heide

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 32
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG VIII – Abschnitt B

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
32. Anhang VIII Abschnitt B wird	***entfällt***

gestrichen.

Or. en

Änderungsantrag 444
Marion Walsmann, Hildegard Bentele, Christine Schneider, Stefan Köhler, Sven Simon, Andreas Schwab

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 32
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG VIII – Abschnitt B

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
32. Anhang VIII Abschnitt B wird gestrichen.	***entfällt***

Or. en

Begründung

Mit der Beibehaltung der Registrierung für Systeme ohne hohes Risiko nach Anhang III wird die Aufsicht sichergestellt und werden den Behörden vergleichbare Daten zur Verfügung gestellt. Damit wird der Marktüberwachung verstärkt Vorrang eingeräumt und können neue Anwendungsfälle ermittelt werden. Da Anbieter das Risiko ohnehin bewerten müssen, um Ausnahmeregelungen in Anspruch nehmen zu können, hält sich der zusätzliche Verwaltungsaufwand in Grenzen und er ist verhältnismäßig, wobei merkliche Vorteile in Sachen Transparenz und Aufsicht bestehen.

Änderungsantrag 445
Leila Chaibi, Pernando Barrena Arza
im Namen der Fraktion The Left

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 32
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG VIII – Abschnitt B

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
32. Anhang VIII Abschnitt B wird gestrichen.	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 446
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 32
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG VIII – Abschnitt B

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
32. Anhang VIII Abschnitt B wird gestrichen.	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 447
Jaroslav Bžoch, Klara Dostalova

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 32
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG VIII – Abschnitt B

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
32. Anhang VIII Abschnitt B wird gestrichen.	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 448
Michael McNamara, Sandro Gozi, Irena Joveva, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Lucia Yar, Raquel García Hermida-Van Der Walle

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 32
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG VIII – Abschnitt B

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
32. Anhang VIII Abschnitt B wird gestrichen.	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 449
Jaroslav Bžoch, Klara Dostalova

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 32 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG VIII – Abschnitt B

Vorschlag der Kommission	*Geänderter Text*
	32a. In Anhang VIII Abschnitt B werden die Nummern 6 bis 8 gestrichen.

Or. en

Änderungsantrag 450
Jaroslav Bžoch, Klara Dostalova

Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 1 – Absatz 1 – Nummer 32 a (neu)
Verordnung (EU) 2024/1689
ANHANG VIII – Abschnitt B – Buchstabe 5

Derzeitiger Wortlaut	*Geänderter Text*
	32a. Anhang VIII Abschnitt B Nummer 5 wird wie folgt geändert:
5. eine Beschreibung der Zweckbestimmung des KI-Systems;	***5. die Dokumentation der gemäß Artikel 6 Absatz 4 ausgearbeiteten Bewertung.***

Or. en